

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3,30 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Quartal. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Streifenband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Nummernblätter über deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichtsnummern 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt kurze Wort- und Zeilenanzeigen 20 Pf. (zwei Zeilen 30 Pf., drei Zeilen 40 Pf., vier Zeilen 50 Pf., fünf Zeilen 60 Pf., sechs Zeilen 70 Pf., sieben Zeilen 80 Pf., acht Zeilen 90 Pf., neun Zeilen 1,00 RM, zehn Zeilen 1,10 RM, elf Zeilen 1,20 RM, zwölf Zeilen 1,30 RM, dreizehn Zeilen 1,40 RM, vierzehn Zeilen 1,50 RM, fünfzehn Zeilen 1,60 RM, sechzehn Zeilen 1,70 RM, siebenzehn Zeilen 1,80 RM, achtzehn Zeilen 1,90 RM, neunzehn Zeilen 2,00 RM, zwanzig Zeilen 2,10 RM, einundzwanzig Zeilen 2,20 RM, zweiundzwanzig Zeilen 2,30 RM, dreiundzwanzig Zeilen 2,40 RM, vierundzwanzig Zeilen 2,50 RM, fünfundzwanzig Zeilen 2,60 RM, sechsundzwanzig Zeilen 2,70 RM, siebenundzwanzig Zeilen 2,80 RM, achtundzwanzig Zeilen 2,90 RM, neunundzwanzig Zeilen 3,00 RM, dreißig Zeilen 3,10 RM, einunddreißig Zeilen 3,20 RM, zweiunddreißig Zeilen 3,30 RM, dreiunddreißig Zeilen 3,40 RM, vierunddreißig Zeilen 3,50 RM, fünfunddreißig Zeilen 3,60 RM, sechsunddreißig Zeilen 3,70 RM, siebenunddreißig Zeilen 3,80 RM, achtunddreißig Zeilen 3,90 RM, neununddreißig Zeilen 4,00 RM, vierzig Zeilen 4,10 RM, einundvierzig Zeilen 4,20 RM, zweiundvierzig Zeilen 4,30 RM, dreiundvierzig Zeilen 4,40 RM, vierundvierzig Zeilen 4,50 RM, fünfundvierzig Zeilen 4,60 RM, sechsundvierzig Zeilen 4,70 RM, siebenundvierzig Zeilen 4,80 RM, achtundvierzig Zeilen 4,90 RM, neunundvierzig Zeilen 5,00 RM, fünfzig Zeilen 5,10 RM, einundfünfzig Zeilen 5,20 RM, zweiundfünfzig Zeilen 5,30 RM, dreiundfünfzig Zeilen 5,40 RM, vierundfünfzig Zeilen 5,50 RM, fünfundfünfzig Zeilen 5,60 RM, sechsundfünfzig Zeilen 5,70 RM, siebenundfünfzig Zeilen 5,80 RM, achtundfünfzig Zeilen 5,90 RM, neunundfünfzig Zeilen 6,00 RM, sechzig Zeilen 6,10 RM, einundsechzig Zeilen 6,20 RM, zweiundsechzig Zeilen 6,30 RM, dreiundsechzig Zeilen 6,40 RM, vierundsechzig Zeilen 6,50 RM, fünfundsechzig Zeilen 6,60 RM, sechsundsechzig Zeilen 6,70 RM, siebenundsechzig Zeilen 6,80 RM, achtundsechzig Zeilen 6,90 RM, neunundsechzig Zeilen 7,00 RM, siebenzig Zeilen 7,10 RM, einundsiebzig Zeilen 7,20 RM, zweiundsiebzig Zeilen 7,30 RM, dreiundsiebzig Zeilen 7,40 RM, vierundsiebzig Zeilen 7,50 RM, fünfundsiebzig Zeilen 7,60 RM, sechsundsiebzig Zeilen 7,70 RM, siebenundsiebzig Zeilen 7,80 RM, achtundsiebzig Zeilen 7,90 RM, neunundsiebzig Zeilen 8,00 RM, achtzig Zeilen 8,10 RM, einundachtzig Zeilen 8,20 RM, zweiundachtzig Zeilen 8,30 RM, dreiundachtzig Zeilen 8,40 RM, vierundachtzig Zeilen 8,50 RM, fünfundachtzig Zeilen 8,60 RM, sechsundachtzig Zeilen 8,70 RM, siebenundachtzig Zeilen 8,80 RM, achtundachtzig Zeilen 8,90 RM, neunundachtzig Zeilen 9,00 RM, neunzig Zeilen 9,10 RM, einundneunzig Zeilen 9,20 RM, zweiundneunzig Zeilen 9,30 RM, dreiundneunzig Zeilen 9,40 RM, vierundneunzig Zeilen 9,50 RM, fünfundneunzig Zeilen 9,60 RM, sechsundneunzig Zeilen 9,70 RM, siebenundneunzig Zeilen 9,80 RM, achtundneunzig Zeilen 9,90 RM, neunundneunzig Zeilen 10,00 RM, hundert Zeilen 10,10 RM, einhundert Zeilen 10,20 RM, zweihundert Zeilen 10,30 RM, dreihundert Zeilen 10,40 RM, vierhundert Zeilen 10,50 RM, fünfhundert Zeilen 10,60 RM, sechshundert Zeilen 10,70 RM, siebenhundert Zeilen 10,80 RM, achthundert Zeilen 10,90 RM, neunhundert Zeilen 11,00 RM, tausend Zeilen 11,10 RM.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 25. Juli 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Separatismus im Deutschen Reiche.

Aus Wien wird uns vom 22. d. Mts. geschrieben:

Es scheint, daß auch die deutschen Gewerkschaften den tschechischen Separatismus verspüren sollen und wenigstens dort, gemäß den Größenverhältnissen, von ihm eine ernsthafte Gefährdung der einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation nicht hervorgehen kann, so wird es sich doch empfehlen, daß die Gewerkschaften von den Stimmungen, die da geweckt werden, rechtzeitig Kenntnis nehmen. Wir wollen deshalb von einem merkwürdigen Artikel über die tschechischen Arbeiter in den reichsdeutschen Gewerkschaftsorganisationen, den das separatistische Zentralorgan in Prag von einem „Fachblatt“ der ausländischen tschechischen Arbeiter („Der tschechische Auswanderer“) übernimmt, auch hier Kenntnis geben.

Der Artikel beginnt mit den bei Separatisten unüberwindlichen Beschimpfungen der Zentralorganisation. Die tschechischen Mitglieder der reichsdeutschen Zentralverbände durchleben jetzt „bittere Zeiten“, denn die deutsche Parteipresse, die politische und die gewerkschaftliche, sei jetzt „voll von Angriffen auf die tschecho-slavische Sozialdemokratie.“ Die Berichte über diese seien „durch ihre Unwahrhaftigkeit direkt beschämend.“ Das sei um so kränkender, als „in Deutschland heute viele Zehntausende tschechischer Arbeiter beschäftigt sind“; es gebe Orte, „wo die Gewerkschaftsorganisation in erster Linie durch tschechische Arbeiter erhalten wird“; „das wissen die Ortsgruppenverwaltungen der reichsdeutschen Verbände, aber das weiß man offenbar nicht in den gewerkschaftlichen Zentralen.“ Wie man sieht, hat der Prager Separatist gute Lust, von den deutschen Zentralverbänden zu behaupten, daß sie, versteht sich aus Rücksicht für ihre tschechischen Mitglieder, gegen den gewerkschaftlichen Zentralismus in Österreich Stellung und den tschechischen Separatismus in ihre Obhut nehmen. Und da diese vermessene Forderung wahrscheinlich wenig Aussicht auf Berücksichtigung hat, so verlangt er doch wenigstens die Anerkennung des tschechischen Separatismus auch für Deutschland, und zwar dadurch, daß den Tschechen in den Zentralverbänden als tschechisch-gewerkschaftliches Blatt das betreffende separatistische Blatt geliefert werde! Daß ihnen die Verbände das zentralistische tschechische Blatt (aus Österreich) liefern, „rufe ununterbrochene Konflikte und Verdrossenheit in den Reihen der tschechischen Gewerkschaftler hervor.“ Durch „diese Vergiftung der proletarischen Öffentlichkeit“ (damit meint der Separatist, daß sich die reichsdeutsche Parteipresse von der richtigen Beurteilung des Separatismus nicht abwendig machen läßt) sei „die Geduld der organisierten tschechischen Arbeiter auf die qualvollste Probe gestellt.“ „Für das Geld, das sie der Organisation zahlen, sollen sie ein Blatt lesen, das, wenn es deutsch ist, uninnige beleidigende Verdrehungen schreibt, (damit meint der edle Separatist die reichsdeutsche Gewerkschaftspresse!), wenn es aber tschechisch ist, Lügen bringt, die offensichtlich zur Aufsehung ausgedacht sind (darunter meint er wieder die tschechisch-zentralistische Presse in Österreich); gegen dieses Kartell der Unwissenheit und der Lüge sind die tschechischen Arbeiter bisher wehrlos.“ Und nach dieser vom Geiste der proletarischen Solidarität, wie ihn eben der Separatismus versteht, erfüllten Schilderung der deutschen und der österreichischen gewerkschaftlichen Organisation geht der Separatismus zu Drohungen über. „Schon einmal ist der Unwille der tschechischen Arbeiter im Deutschen Reiche gegen diesen so unwürdigen Zustand losgeplatzt, und nun erhebt sich unter ihnen die Frage: Was weiter unternehmen?“ Dieses „weiter“ kennt man aus der Taktik des Separatismus in Österreich: wenn die Zentralorganisationen nicht parieren, wie es die Herren Separatisten diktieren, dann sei für die Zentralorganisation „kein Platz“. Und der Artikel berichtet auch, daß „einige allzu Heißblütige“ sich bereits zu diesem Rufe „erheben“.

Den separatistischen Machern dünkt freilich dieser Ruf im Augenblick noch als zu „heißblütig“, und der Artikel ermahnt die tschechischen Arbeiter im Reiche mit den eindringlichsten Worten, den Austritt keineswegs zu vollziehen, vielmehr unter allen Umständen in den Zentralorganisationen zu verbleiben. Aber welchen gewerkschaftlichen Geist verbreitet er unter ihnen? Der gewerkschaftlichen Organisation ist mit der gleichnamigen mechanischen Mitgliedschaft blutwenig gebietet; jene Mitglieder die zu der Gewerkschaft nur aus niedrigen materiellen Erwägungen kommen und aus irgendwelchen Opportunitätsgründen bei ihnen verbleiben, sind schlechte Kombattanten. Die Gewerkschaft benötigt, über die bloße in der Mitgliedskarte niedergelegte Zugehörigkeit hinaus, die Zugehörigkeit in der Ueberzeugung, die nur aus dem freudigen Bekenntnis zu der proletarischen Solidarität erwächst, die in der Gewerkschaftsorganisation Blut und Leben erhalten hat. Wie würde es aber um dieses freudige Bekenntnis der tschechischen Arbeiter stehen, wenn ihnen gegen die Zentralverbände geradezu daß gepredigt wird? Schon die dreiste Forderung, daß den tschechischen Mitgliedern der deutschen Zentralverbände als Verbandsorgan ein separatistisches Blatt geliefert werde, ist beachnend; die Gewerkschaftsorganisationen sollen also ihren

Mitgliedern Blätter liefern, in denen der Gedanke der zentralen Organisation ununterbrochen verhöhnt, die Zentralorganisationen unausgesetzt geschmäht werden, deren gewerkschaftliche „Aufklärung“ in der Untergrabung des zentralgewerkschaftlichen Geistes besteht! Wohl wird den tschechischen Arbeitern in Deutschland empfohlen, in den Zentralorganisationen zu verbleiben. Aber es wird ihnen gleichzeitig versichert, daß sie „Unrecht“ erleiden, es wird ihnen zugegeben, ihr Austritt wäre begreiflich, da man „ihre Leiden und ihren Ekel über die gegen die Tschechen angewendeten Mittel kennt“, aber „allen Widerwärtigkeiten zum Trotz, die sie erdulden müssen“, ungeachtet ihrer „berechtigten Verbitterung“ mögen sie sich „beherrschen“ und in den Zentralverbänden bleiben! Wohl gemerkt, diese gehässigen Angriffe gegen die reichsdeutschen Gewerkschaften haben keine andere Wurzel, als daß sich die Zentralverbände auf die Einschmuggelung des separatistischen Nationalismus in Form der separatistischen Blätter nicht einlassen wollen! Daß sich aber, wenn die tschechischen Arbeiter im Reiche von Prag aus mit der Abneigung gegen die Zentralverbände erfüllt werden, wenn ihnen eingeredet wird, daß sie bessere Gewerkschafter und Internationale seien als ihre reichsdeutschen Arbeitsgenossen — worauf ja das freche Gerede hinausläuft, daß die Separatisten in dem Konflikt „moralisch höher stehen“ als die Zentralisten —; daß sich da trotz ihrem Verbleiben in den Zentralverbänden zwischen der Masse der deutschen Mitglieder und den tschechischen Angehörigen eine Scheidewand aufbauen muß, eine innere Scheidung und Absonderung, wird wohl jedem Gewerkschafter klar sein! Fürchte die Separatisten, zumal wenn sie Zentralismus predigen!

Aber wenn der Zentralismus für die tschechischen Arbeiter im Reiche nicht bloß ein Gebot praktischer Politik sein soll, sondern vor allem ein Gebot internationaler Gesinnung: wie kann dann für Österreich der tschechische Separatismus verteidigt werden? Wenn der Separatismus im Reiche „vom Standpunkt des Sozialismus“ unzulässig ist: wie konnte er für Österreich zum alleinigmächtigsten Dogma der tschecho-slavischen Sozialdemokratie erhoben werden? Es fühlen auch die Separatisten, daß sich schließlich jedem Arbeiter diese Frage aufdrängen wird, die mit der Erklärung nicht beiseite ist, daß der separatistische Streit eine „rein österreichische Angelegenheit“ sei. Als Antwort kommt natürlich das tschechische Staatsrecht zum Vorschein; „Im Rahmen Österreichs sind wir ein Ganzes, eine Nation, eine selbständige Person mit dem unverlierbaren Anspruch auf Selbstverwaltung“ — so argumentiert der Separatist, wie vor ihm der nationaltschechische tschechische argumentiert hat! Daß im „Rahmen“ Österreichs sowie im „Rahmen“ jedes Staates die Proletarier vor allem eine Klasse sind, die zusammengehört, das vermag der Separatist nicht mehr zu sagen! Und neugierig darf man wohl sein, wie die separatistische Unlogik über die Beschlüsse von Kopenhagen hinwegzutäuseln wird; hören wir zu: „Die tschechische Sozialdemokratie ist Mitglied der Internationale und ihre Beschlüsse sind für sie verbindlich. In unserem österreichischen Konflikt sind die Interpretationen ihrer Beschlüsse verschieden, bis zu einem gewissen Grade sogar widersprechend.“ Eine hübsche Umschreibung dessen, daß sich die Tschechen über die Beschlüsse der Internationale brutal hinweggesetzt haben! Nicht zu reden vom natürlichen Recht jeder Nation auf Selbstverwaltung, das zusammenhängt mit dem natürlichen Rechte des Menschen und das auch durch Beschlüsse der Internationale nicht aufgehoben werden könnte. Für die Auswanderer gilt die unbezweifelbare und klare Bestimmung, daß sie verpflichtet sind, Mitglieder zu sein der internationalen Organisation des Landes, in dem sie gerade arbeiten.“ Mit dürren Worten: Die Auswanderer haben sich an die Beschlüsse der Internationale zu halten, die Tschechen zu Hause können auf sie pfeifen.

Aus dem Artikel erfährt man übrigens auch, daß die tschechischen Arbeiter in den reichsdeutschen Industrieorten Mitglieder von Vereinen sind, die nur tschechische, aber beileibe keine sozialdemokratischen Vereine sind; wird doch auf einen Kongreß dieser „auswärtigen tschechischen Vereine“, der im vorigen Jahre in Prag tagte, ausdrücklich Bezug genommen und dessen Beschlüsse für bindend erklärt. Daß diese Vereine, in denen wohl das proletarische Element überwiegen wird, keine sozialdemokratischen Organisationen sind, entnehmen wir einem wahrhaft positiverlichen Detail: man nennt sich dort nicht „Genosse“, sondern „Landsmann“ (wobei sich die deutsche Bezeichnung her), und so erscheint als Prager Zentralstelle nicht der Genosse Karl Folber, der frühere sozialdemokratische Abgeordnete, sondern der „Landsmann“ Folber! Aus an ihren Namen erkennt man die Vereine als bürgerlich-national; Palacky, Komensky, Hus; so würden sich doch nicht sozialdemokratische Vereine nennen! Das sind also danach sicherlich merkwürdige Vereine für sozialdemokratische Arbeiter! Nun werden die Tschechen höchstwahrscheinlich antworten, daß diese Vereine jedes politischen Charakters entbehren, bloße Vereinigungen von Landsleuten sind, in denen sich die im Auslande wohnenden Tschechen, ihrer wirtschaftlichen und politischen Stellung ungeachtet, zusammenfinden und zusammenfinden können. Wir haben aber noch nie gehört, daß deutsche sozialdemokratische Arbeiter, etwa in Paris oder in London, in solche „neutralen“ Vereine von Auswanderern, die es ja überall gibt, eingetreten wären! Es ist ja bekannt, daß die Tschechen für ihr Zusammenarbeiten mit

bürgerlich-nationalen Elementen immer eine Ausrede bereit halten; in Wien berufen sie sich dafür zum Beispiel wieder auf die „Notwendigkeit“ des gemeinsamen Kampfes aller guten Tschechen für tschechische Schulen und in dem Begriff der „nationalen Minorität“ ist ihnen das sozialdemokratische Bewußtsein allmählich ganz verloren gegangen.

Aber es ist doch nicht einzusehen, woher die Tschechen dieses Recht auf ihre Extravurst haben sollten und daß es zur Vertiefung ihrer internationalen Gesinnung, an der es bei ihnen oftmals sehr hapert, beitragen werde, daß sie überall mit bürgerlichen Nationalen zusammenstecken, wird man billig bezweifeln dürfen. Jedenfalls sollten die Organisationen im Reiche die Zulässigkeit dieser Zugehörigkeit zu nichtsozialdemokratischen Vereinen ernstlich nachprüfen und die deutschen Gewerkschaften werden auf diese nationalistischen und separatistischen Stimmungen sorgfältig achtgeben müssen.

Ein Manifest des italienischen reformistischen Parteivorstandes.

Rom, den 20. Juli. (Eig. Br.) Das provisorische Komitee, das in Erwartung des Parteitag der neuen reformistischen Partei in Händen hat, veröffentlicht soeben einen langen Aufruf an die „reformistischen Sozialisten Italiens“. Dieser Aufruf soll alle Reformisten bewegen, die Reihen der alten Partei zu verlassen, um sich der neuen anzuschließen. Den Reformisten wird ans Herz gelegt, daß die Revolutionäre durch ihren Sieg die idealen Daseinsgründe der reformistischen Richtung innerhalb der Partei zerstört haben, so daß diese nur noch einer öffentlichen Wiberzierung ihrer Prinzipien und Methoden weiter in der alten Partei bleiben könnten. Die Reformisten werden beschworen, um der Würde ihrer Ueberzeugung willen, sich nicht zu dieser entehrenden Wiberzierung herzugeben und nicht als Gedulde innerhalb der alten Partei zu verbleiben. Sie sollten der neuen Partei beitreten, die dazu gegründet sei, alle italienischen Sozialisten aufzunehmen, soweit sie Vertrauen zum Reformismus haben.

Der Aufruf spricht dann vom großen Enthusiasmus, mit dem die neue Partei gegründet wurde und definiert den italienischen Reformismus als fortschreitende Anpassung des sozialistischen Denkens an die wandelnden Bedingungen der Umwelt. „Bisher wäre diese Anpassung durch die starren Formeln der alten Partei gehindert worden: erst jetzt konnte sie sich ungehemmt entfalten. Als Partei der Freiheit überließ die neue reformistische Partei die Revision und Kritik ihrer Lehren dem freien Denken aller. Schon jetzt erklärt sie aber, „der Ausdruck (interpretiert) der proletarischen Klasse zu sein in ihrem Kampfe für die Befreiung von kapitalistischem Joch. Damit betont sie ihren proletarischen Charakter und ihren sozialistischen Endzweck, welche beiden ungetrennbaren Kennzeichen dazu genügen, um sie von allen anderen demokratischen Parteien zu unterscheiden. Vom revolutionären Sozialismus trennt sie vor allem die verschiedene Stellungnahme gegenüber dem Staat“. Das Manifest führt dann aus, daß die Revolutionären den Staat als eine zu erobernde Festung ansehen, während die Reformisten das Proletariat in die staatlichen Einrichtungen selbst hineinführen wollten, um ihn so schrittweise zu erobern. Die Teilnahme des Proletariats an der Regierung sei so nicht ein ausnahmsweises Ziel, sondern ein durchaus normales, wie für jede andere der Zukunft zustrebende Partei. Diese Auffassung nötige die Reformisten durchaus nicht, den Klassenkampf zu vergessen, der die große Triebfeder der Geschichte ist. Jede Unterhandlung sei Kampf, jeder vorläufige Friedensschluß sei ein Wettstreit der Kräfte voraus; „so wird der sozialistische Reformismus die Kräfte der proletarischen Klasse in den höchstmöglichen Werten zum Ausdruck bringen“. Die noch in der Partei verbliebenen Reformisten werden dann aufgefordert, zwischen den beiden Parteien zu wählen. Das Manifest schließt mit folgenden Worten: „Das allgemeine Wahlrecht, das durch unsere kluge Taktik erobert wurde, ruft zum erstenmal 5 Millionen Arbeiter an die Urnen. Zu diesen Arbeitern wollen wir direkt sprechen, mit unseren Worten, mit unserem Glauben. Wir wollen nicht, daß die geduldige Arbeit von Jahren verloren gehe, wir begnügen uns nicht damit, bereits auf den Ruinen des Revolutionarismus wiederaufzubauen, sondern haben den edlen Stolz, ein eigenes Gebäude zu errichten, für das seelische und leibliche Heil der Arbeiter, die wir befreien wollen. Zu diesem Werk fordern wir alle Sozialisten Italiens auf. Indem sie unserem Rufe Folge leisten, werden sie nichts tun als ihre Pflicht.“

Es leuchtet auf den ersten Blick ein, daß das Manifest einige wesentliche Merkmale des Reformismus hervorhebt. Und zwar an erster Stelle die Erhebung der Anpassung zum Parteiprinzip. Man bedenke, daß die Anpassung für jedes Lebewesen eine objektive Notwendigkeit ist, daß aber die ganze Kulturalität des Menschen darauf hinausläuft, den Tribut der Anpassung, also der Zugehörigkeit an das Milieu, auf ein Minimum herabzusetzen. Wer aus der Anpassung ein Prinzip macht, verzichtet dadurch darauf, das Milieu umzugestalten, ja, er verzichtet auf seine persönliche Wesenheit zugunsten eines beständig wechselnden Anschauens an beständig wechselnde Milieuverhältnisse. Wer sich anpaßt, der kämpft nicht.

Daß die Eroberung der Regierung das normale Endziel des Reformismus war, wußten wir bereits. Wenn man jede Unterhandlung als Kampf hinstellen will, dann dürfte es sich empfehlen, ein neues Wort für den alten Begriff des Kampfes zu prägen. Daß ein Friedensschluß den Wettstreit voraussetzt, bedeutet noch

nicht eine Gleichgültigkeit der beiden Begriffe: Der Tod steht das Leben voraus, und doch dürfte es selbst der reformistischen Dialektik schwer fallen, zu beweisen, daß darum Tod und Leben ein und dasselbe sind.

Empathisch berührt die Aufforderung an die noch in der Partei verweilenden Reformisten, nicht als „geduldet“ zu bleiben. Daß die Revolutionären jahrelang als Geduldete blieben, finden die Herren selbstverständlich, daß man sie in der Presse mundtot machte, sie verhöhnte und begehrte, das war nur recht und billig. Gehörten sie doch, wie im offiziellen Organ des Reformismus zu lesen stand, „zu den mindergebildeten Schichten der Partei“. Für die war es noch fast zu viel Ehre, in der eigenen Partei geduldet zu werden!

Den ganzen echten Reformismus mit seiner philanthropischen Psychologie finden wir in den Schlussworten wieder, wo von dem Gebäude die Rede ist, das für das seelische und leibliche Heil der Arbeiter errichtet werden soll, die die Reformisten befreien wollen. Schon Milton wußte, daß man „Ketten nicht von außen brechen kann“; jeder kann nur sich selbst befreien. Die Reformisten allein haben das Rezept, daß sie instand setzt, Freiheit zu verschaffen. Sie revolutionieren durch Anpassung und befreien in Stellvertretung, was will man mehr?

Man muß hoffen, daß der Lokus der neuen Partei recht viele Ohren finde. Auf die Art können die Reformisten dem proletarischen Sozialismus einen letzten großen Dienst erweisen. Eine Zeitlang lurierte die Medizin allgemeine Blutvergiftungen durch künstliches Herdorrufen lokaler Entzündungsherde: man nannte das Fixationsabzesse; einen solchen Fixationsabzesse könnte die reformistische Partei für den proletarischen Reformismus Italiens bedeuten. Sie könnte und sollte all die Individuen in ihre Reihen rufen, die sich den Massen zu fremd fühlen, um unter ihnen zu wirken, aber es gut genug meinen, für die Massen etwas tun zu wollen. Durch ein Mißverständnis haben sich diese Leute guten Willens in unsere Reihen beizogen. Die neue reformistische Partei ist ihr normaler Wirkungskreis. Und außerdem: von wieviel Strebertum kann uns nicht eine Partei befreien, die die Eroberung der Regierung auf ihre Fahne schreibt? Das Manifest hat durchaus den Ton einer Konkurrenzpreisung: wir glauben nicht, daß die sozialistische Partei Lust hat, mit diesen „Männern der Zukunft“ zu konkurrieren.

Der Krieg.

Die ersten Maßnahmen des neuen türkischen Kabinetts.

Konstantinopel, 24. Juli. Die Ernennung des Staatsrates Damad Scherif zum Arbeitsminister und des früheren Vorkämpfers Raschid Pascha zum Handels- und Landwirtschaftsminister ist gestern amtlich veröffentlicht worden. Die Regierung hat allen albanischen Behörden bereits den Befehl, sofort alle kriegerischen Unternehmungen einzustellen, zugehen lassen. Das Ministerium der Posten und Telegraphen wurde dem in Ägypten das gleiche Amt bekleidenden Minister Saba-Pascha angeboten, der aber noch nicht geantwortet hat. Die Regierung trifft die zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendigen Maßnahmen. Alle Chefs der Polizeistationen sind durch Offiziere ersetzt und der Offiziersrat ist mit der Überwachung der Ordnung betraut worden. Ein Oberleutnant ist zum Generaldirektor der Polizei und zum Gendarmerie-Kommandanten ernannt worden. Der Platzkommandant von Konstantinopel ist durch einen anderen ersetzt worden. Ein Rundschreiben des Großwesirs teilt den Provinzbehörden die Ernennung des Kabinetts mit und betont die Notwendigkeit, die Einigkeit der Massen zu befestigen, der Bevölkerung den Genuß von Gleichheit und Gerechtigkeit zu gewährleisten und die Privilegien der Ausländer gemäß den Kapitulationen zu sichern.

Der Ministerrat beschloß die Aufhebung des Belagerungszustandes über Konstantinopel, der seit drei Jahren besteht. Außerdem soll eine Amnestie erlassen werden. Ueber die Auflösung des Parlamentes ist sich der Ministerrat noch nicht schlüssig geworden. Drei Offiziere und zwölf Soldaten, die nach ihrer Defektion in Konstantinopel gefangen genommen und in Konstantinopel interniert waren, sind freigelassen worden.

Das Verhalten des jungtürkischen Komitees.

Konstantinopel, 24. Juli. Der Nationaltag ist ohne Störung verlaufen. — Das jungtürkische Komitee hat an seine Klubs ein Rundschreiben geschickt, das besagt, die Partei werde dem neuen Kabinetts ihr Vertrauen aussprechen, wenn das Programm des Kabinetts den Grundsätzen der Partei, besonders in der Frage der Zentralisation, entspreche.

Die Kammer gegen Ahmed Nisa.

Konstantinopel, 24. Juli. Die Kammer hat heute mit 94 gegen 14 Stimmen einen Antrag des albanischen Deputierten Sureha angenommen, der verlangt, daß eine Untersuchung über die angebliche Beseitigung verschiedener Gegenstände aus dem Bureau des Kammerpräsidenten durch den früheren Präsidenten Ahmed Nisa eingeleitet wird. Die Kammer beschloß, nicht eine parlamentarische Kommission, sondern die Quästoren mit der Untersuchung zu betrauen. Der Wert der fehlenden Gegenstände übersteigt angeblich eine Million Frank.

Ein Manifest der Militärliga.

Konstantinopel, 24. Juli. Die Offiziere der Militärliga haben ein Manifest erlassen, das zunächst die Schäden des alten Regimes hervorhebt, welche die Revolution von 1908 hervorriefen, sodann die konstitutionelle Verfassung vertritt und die Ursachen der gegenwärtigen Krisis untersucht. Das Manifest erklärt, alles Uebel komme davon, daß 1. die Offiziere die Stärke der Armee bei den Wahlen mißbrauchten; 2. daß Offiziere, ohne daß eine Force majeure vorgelegen hätte, in Zivilstellungen beschäftigt wurden; 3. daß Offiziere, die der aktiven Armee angehörten, die Armee verließen, um verantwortliche Delegierte einer Partei zu werden; 4. daß Offiziere regelmäßig die Klubs besuchten und, ohne etwas davon zu verstehen, sich in die Politik der Regierung mischten; 5. daß sie die Moral der Armee verderbten, um die Ansichten der Partei zur Geltung zu bringen; 6. daß Offiziere mit erhöhten Gehältern verwendet wurden, was eine Eildrängung des kameradschaftlichen Verhältnisses hervorrief; 7. daß viele Offiziere an Stellen verwendet wurden, die ihnen nicht zuzusagen, und die Kriegslasse bestärkten; 8. daß sie Gesetze nach ihrem Willen ausarbeiteten, die sie dann derart anwandten, wie dies nur bei einer absolutistischen Regierung möglich ist; 9. daß infolge der Aufhebung der Beziehungen der Gendarmerieoffiziere zur Armee die politischen Besitzungen in der Armee nicht auszurufen waren; 10. daß an Stelle der Gesetze die persönliche Willkür der einzelnen trat; 11. daß Offiziere, die ihre militärische Verantwortlichkeit billig verkauften, von den politischen Komitees Aufträge annahmen.

Wir stützen uns auf den Patriotismus aller ottomanischen Offiziere und richten an sie folgendes Programm einer Organisation, die die oben erwähnten Mißstände beseitigen soll. 1. Der gesamten Armee wird unterstellt, sich mit Politik zu befassen; 2. Die Organisation beruht auf der Organisation der Armee; 3. Statut der Orga-

nisation sind die militärischen Befehle und Verfügungen; 4. Wer nicht zur Armee gehört, wird nicht zugelassen; 5. Die Zentralstelle soll dafür sorgen, daß in allen Maßnahmen Einheitlichkeit herrscht; soll ferner prüfen, was zum Wohl des Vaterlandes notwendig ist und dies verwirklichen usw.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Juli 1912.

Gummiknäuel im Bergarbeiterstreik.

Im Bergarbeiterstreik dieses Frühjahres sind wiederholt und ungestraft Angriffe von Arbeitswilligen auf Streikende erfolgt. Proletarierinnen, die Streikbrechern ein berechtigtes Pfui zuriefen, sind mit Gefängnis bestraft worden. Aber von Abhandlungen roher Gewalttakte auf Streikende hört man nichts. Wie taktische Uebergriffe von Streikbrechern geradezu provoziert werden, geht daraus hervor, daß nicht nur militärischer „Schutz“ aufgegeben ward, sondern die Streikbrecher, insbesondere Beamten, von ihren Unternehmern mit Waffen versehen worden sind. So wird uns berichtet, daß die „Eisener Steinkohlenwerke A.-G.“ und die „Selsenkirchener Bergwerke A.-G.“ im Frühjahr 1912 während des Streiks im Ruhrrevier zusammen etwa 1000 — Gummiknäuel bezogen haben. Das Selsenkirchener Unternehmen steht unter der Herrschaft des bekannten Juchenherrn Emil Kirdorf, von dessen Manieren gegen Arbeiter nachgerade genug bekannt ist. Nach der Zahl der Gummiknäuel, von denen auf jede Gesellschaft mehrere Hundert entfallen, muß eine recht ausgiebige Bewaffnung der Angestellten dieser Betriebe stattgefunden haben. Denn daß die privaten Unternehmungen die Knäuel gar an die Vigilanten der Polizei gratis geliefert hätten, halten wir für wenig wahrscheinlich.

Nicht uninteressant an der ganzen Gummiknäuelbewaffnung ist auch der Name des Lieferanten. Wenn wir recht unterrichtet sind, hat das Warenhaus der deutschen Offiziere, der „Deutsche Offiziersverein“ (Armee — Marine — Haus) in Berlin die Essener und Selsenkirchener „Arbeitswilligen“ mit den Knäueln versehen. Die aus den Steuern des Volkes bezahlten Offiziere führen nicht nur die Mannschaften gegen Proletarier, die um Brot und Kultur kämpfen, sie sind auch wirtschaftlich an der Niederknüpfung der Ausständigen interessiert. Der Offiziersgenossenschaft „Armee — Marine — Haus“ geht es seit langem schon recht schlecht. War vielleicht diese Liefererin ein Mittel, den leeren Kassen ein wenig aufzuhelfen? Und wollte man dabei gar den § 8 Absatz 5 des Genossenschaftsgesetzes übersehen haben, der vorschreibt, daß nur an Mitglieder verkauft werden darf?

Gute Beziehungen.

Zum modernen Geschäft gehört Reklame. Kein mit „der Zeit fortgeschrittener“ Kapitalist kann sie entbehren. Schon hat sich eine eigene Wissenschaft der Reklame entwickelt. Sie lehrt, daß man auch das Neffentische und Geschmackvolle bei allem Rabau nicht vernachlässigen dürfe. Man ist versucht, die Leiter der Hamburg-Amerika-Linie und des Lloyd daran zu erinnern, wenn man die neuen „Entfaltungen“ der Hamburger „Zeitschrift“ über die Beziehungen dieser Gesellschaften zur kaiserlichen Familie und zur Regierung durchblättert. So hat es der Norddeutsche Lloyd für geschmackvoll gehalten, den Kronprinzenkindern als Weihnachtsgeschenk den Querschnitt eines Dampfes zu senden. Und die Sopag stellt dem Kaiser auf ihren großen Vergnügungsdampfern für jede Fahrt zwölf Freiplätze zur Verfügung. Den also Begnadeten wird dann freie Fahrt, Speise und Trank und selbst Porti für Briefe und Telegramme geschenkt.

Wie freigebig doch diese Erwerbsgesellschaften sein können! Kommt diese Freigebigkeit ihnen oft teuer zu stehen? Der Lloyd hat darin eine „teure“ Erfahrung gemacht: Se. Erzellenz Herr v. Tirpitz ließ auf Anberichten des Lloyd einen nach Amerika bestimmten Dampfer den Umweg über Sardinien nehmen, um auf seine sardinische Bestimmung zu gelangen. Das Schiff war mit seinem Tiefgang für diese Gewässer nicht gebaut, strandete dort und mußte als Brak für etwa 80 000 M. losgeschlagen werden.

Noch unangenehmer wird man von der Mitteilung berührt, daß in Schiffsfahrtskreisen ein Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern der nicht üblichen Behandlung vertraulicher Schreiben beschuldigt wird; daß ein Ministerialbegehrnt Unterredungen mit den Worten unterbrochen haben soll: „Ja, was sagt denn Wallin dazu? Es handelt sich um Schiffsfahrtsangelegenheiten, und da ist es besser, sich vor vornherein über Wallins Meinung zu orientieren.“

Die Bevorzugung gewisser großindustrieller Kreise durch die Regierung wird auch sonst geißelt. So behauptet die „Zeitschrift“, daß „eine nach der Zahl ihrer Arbeiter und ihrer finanziellen Erträge mit an erster Stelle stehende Firma bei ihren Auslandsbeziehungen es sorgsam vermeidet, die deutsche Regierung von dem neugeplanten Geschäft wissen zu lassen, weil die deutsche Diplomatie aufmerksam werden könnte und diese Aufmerksamkeit nur Krupp zugute kommen würde“. Die Schiffsamerer stand mit der russischen Regierung in Beziehung, war aber bald höflich erstaunt zu hören, daß dem Zaren von deutscher prounerciertester Stelle nahegelegt worden war, doch auch Versuche mit der Krupp'schen Germaniamerker zu machen!

Run haben die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und die Herren Wallin und Heimemann wieder das Wort. Sie werden um so eher sprechen müssen, je mehr die anklagende „Zeitschrift“ ihre Beteuerung, „nichts zu erfinden“, durch genaue Angaben von Namen, Ort, Zeit und Stunde zu ergänzen verspricht.

Die Fuldaer Bischofskonferenz und die christlichen Gewerkschaften.

Die Fuldaer Bischofskonferenz wird in diesem Jahre früher als sonst — schon Anfang August — zusammentreten, denn gar zu gern möchte man im kirchlichen Lager die Gewerkschaftsfrage, so gut es geht, erledigen, um die Spannung, die heute die Zentrumsparthei beherrscht, zu beseitigen und dem Katholikentage in Aachen, den man zur größten aller bisherigen katholischen Massenemonstrationen zu gestalten gedenkt, aus dem Wege zu räumen.

Ueber die Veratung in Fulda und deren wahrscheinliches Ergebnis weiß die „Köln. Ztg.“ mitzuteilen:

Die Frage, ob die katholischen Arbeiter, die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sind, durch die gleichzeitige Mitgliedschaft bei einem katholischen, konfessionellen Arbeiterverein hinlänglich gegen die heillosen Gefahren eines allzu engen Zusammengehens mit nichtkatholischen Arbeitern gesichert sind, wird in Fulda zur Entscheidung stehen. Man wird mit der Annahme nicht fehl gehen, daß diese Frage bejaht werden und daß also die Mitgliedschaft bei einem katholischen Arbeiterverein als genügende Schutzwehr gegen

das Einreihen religiöser Laubheit erachtet werden wird. Daß die Entscheidung der zu Fulda versammelten Bischöfe für die Kurie eine Ueberraschung bringen wird, ist ausgeschlossen. Denn sie dürfte durch die Erfahrungen der jüngsten Zeit genötigt, vor allem dafür sorgen, daß die wohltemperierte Stimmung, die für das Gelingen der Fuldaer Verschlüsse notwendig ist, nicht durch den kölnischen Eifer der Bischöfe von Breslau und Trier unliebsam gestört werde. Der 7. August darf nicht den Abschluß einer Entwidlung der Gewerkschaftsfrage, sondern er muß ihren zum mindesten theoretischen Abschluß bringen. Daß bei dieser theoretischen Lösung die Berliner Richtung mit ihren reinkonfessionellen Grundsätzen besser abschneiden wird als die Kölner, steht für Kenner der Verhältnisse heute schon außer Zweifel. Doch darf die Kölner Richtung und mit ihr die katholischen Arbeiter und Arbeiterverbände, die der christlichen Gewerkschaftsbewegung nahe stehen, mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß die Billie der moraltheologischen Ablehnung des Gewerkschaftsprinzips, wie sie ihnen von der Fuldaer Konferenz verabreicht werden wird, mit einer tröstlich starken Dosis Janders, im gegebenen Falle mit dem Anspruch praktischer Duldung und Anerkennung umgeben sein wird. Ob den Berliner Fachabteilungen dieser moraltheologische Sieg, der ihrer wartet, sehr auf die Strümpfe helfen wird, erscheint fraglich. Denn wenn die bis jetzt noch beargwöhnte Mitgliedschaft bei einer christlichen Gewerkschaft in Zukunft für katholische Arbeiter als unbedingt zu gelten hat, so wird der Gott, der nach dem alten Fritz mit den stärkern Bataillonen ist, auch mit den stärkern Klassen der christlichen Gewerkschaften sein.

Was unsere Panzerplattenpatrioten sagen.

Unsere Panzerplattenpatrioten folgern aus dem englischen Wettrüsten natürlich nicht, daß es doch wohl vernünftiger gewesen wäre, wenn Deutschland auf seine Flotten-novelle verzichtet hätte, sondern sie meinen, daß nun auch wieder Deutschland rascher rüsten müsse! Die „Post“ schlägt vor, daß Deutschland das dritte Liniengeschiff der letzten Flottennovelle, dessen Bauzeit noch nicht festgelegt war, nun gleichfalls in das Bauprogramm 1912 — 1917 einbeziehen solle. Und die „Berliner Neuesten Nachrichten“ geben zwar zu, daß, selbst wenn durch England vermehrtes Flottenbau das Bauverhältnis zwischen Deutschland und England sich von 1:1,6 auf 1:1,75 verschieben werde, Deutschland dann „immer noch beträchtlich aufhole“, aber sie halten es doch für fraglich, ob England das Verhältnis auch hätte aufrecht erhalten können, wenn wir sogleich zu dem Bautempo von jährlich drei Schiffen übergegangen wären. Denn England habe auch große soziale Lasten zu tragen und sei dadurch verhindert, allzu große Aufwendungen für seine Flotte zu machen. Man werde also gut tun, das bei künftigen Vorlagen zu beherzigen!

Unsere Rüstungsfanatiker und Flotteninteressenten hatten also bereits wieder zuberächtlichst künftiger Marinevorlagen!

Kerikale Einfaltspinsel.

„Es packt die Herren direkt der Uebermut!“ — so schreibt die „Essener Volkszeitung“, indem sie anknüpfend an die Meldung von der Gründung der Aktiengesellschaft „Vindenhans“ und dem Ankauf eines Hauses für den „Vorwärts“ faßelt. Sie erzählt von den Bildern der letzten Nummer der „Neuen Welt“, von denen das eine das falläugliche Theater in Graudenz, das andere das neue Gebäude der „Volkswohlfahrt“ in Bielefeld darstellte. Dazu meint das Blatt:

„Schön, man kann sich eben leisten, und wenn den Leuten in Bielefeld die zusammengescharrten Arbeitergroßen zur Verfügung ständen, dann könnten sie auch „stättliche, architektonisch wundervoll gegliederte Gebäude“, statt der bescheidenen, den Steuerverhältnissen Rechnung tragenden Häuser hinstellen, wer den Geldsack hat, kann die Kulturarbeit, von der der „Vorwärts“ spricht, mühelos leisten. Das haben mittlerweile die Führer der „hungernden Proletarier“ auch gelernt und machen sich über armlübe Sterbliche lustig.“

Es handelt sich bei den Bildern der „Neuen Welt“ durchaus nicht um ein „Lustigmachen“, sondern um die Darstellung tief im Wesen der heutigen Gesellschaft begründeter Tatsachen.

Der Junker schleppt sein Geld viel lieber während der großen Landwirtschaftswoche in die Berliner Friedrichstraße, als daß er es zur Unterhaltung eines Musentempels hergibt. Die Lohnpolitik der Pflanzerei sorgt dafür, daß die breiten Volksmassen im Junkerland nicht daran denken können, ein Theater zu besuchen. So mag es kommen, daß der Kreis der an einem würdigen Theater interessierten Graudenzler ziemlich klein ist. Die Steuerlast der Junker ist jedenfalls nicht das Hindernis, denn von einem ganz kleinen Teil der Summen, um die das Junkertum jahrein, jahraus den Staat beträgt, könnte manches Theater gebaut und unterhalten werden.

Die Weltanschauung des Proletariats bedingt sein Streben nach Gutem, Schönem, und veranlaßt es, auch in seinen Bauwerken nicht nur den Anforderungen der Gesundheit zu entsprechen, sondern darüber hinaus ein solches Bauwerk als den Repräsentanten einer sieghaft aussteigenden Bewegung erscheinen zu lassen. Auch in Bielefeld ist dieses Ziel mit durchaus einfachen Mitteln, ohne jede Prahlerei, erreicht worden. Dabei ist das Werk groß geworden durch die Opferwilligkeit der Arbeiter, während das Essener Zentrumblatt, dessen Besucher rund 200 000 Mark Einkommen versteuert, seinen Geschäftspalast nur der Dummheit dreier Volksmassen verdankt.

Auch ein Versammlungsverbot!

In Ragnit (Ostpreußen) streiken die Arbeiter einer Fabrik. In einer öffentlichen Versammlung sollte Klärung über die Ursachen des Streiks gegeben sowie vor den Hinterbüdren gewarnt werden. Die Abhaltung der Versammlung wurde jedoch verboten. Aus der ausführlichen „Begründung“ des Verbots durch die Stadtpolizeiverwaltung geben wir folgende Gründe wieder:

„Da, wie untenstehend nachgewiesen, Ihr Lokal mit den Bestimmungen der Polizeiverordnung vom 18. März 1910 über die bauliche Anlage, die innere Einrichtung usw. von öffentlichen Versammlungen nicht im Einklang steht und weil im Hinblick auf den Streik der Brüningschen Arbeiter und der unter der übrigen Arbeitererschaft der Stadt herrschenden Gärung zu der geplanten Versammlung der Andrang von mehreren hundert Personen zu erwarten ist, so wird Ihr Lokal für diese Versammlung hiemit polizeilich gesperrt.“

Die Durchführung der Sperrung wird eventuell durch Polizeiorgane erfolgen.

Die Verschaffenheit Ihres Lokals verstoßt in folgenden Punkten gegen die erwähnte Polizeiverordnung:

1. Nach § 67 II ist es erforderlich, daß während der Benutzung des Saales nach Eintritt der Dunkelheit zwei Notlampen brennen, die jedoch nicht mit Mineralölen gespeist werden dürfen. Diese Lampen sind nicht vorhanden.

2. Nach § 56 I müssen Ausgangstüren eine Breite von mindestens 1,25 Meter haben, während zwei Ausgangstüren Ihres Lokals nur 0,80 bzw. 0,90 Meter breit sind.

8. Nach § 60 I müssen alle Ausgänge als solche mit großer Schrift gekennzeichnet sein und dem Publikum stets zur Verfügung freistehen, d. h. nicht verschlossen sein. Die nächsten Wege zu den Ausgängen müssen durch rote (!) gut beleuchtete Richtungspeile an den Wänden bezeichnet sein.

4. Nach § 60 II müssen Türen an den Wänden durch selbsttätige Federn festgehalten werden; diese Federn sind nicht vorhanden.

5. Nach § 61 I müssen alle Fenster mindestens einen betriebsfähigen, leicht zu öffnenden Flügel von mindestens 85 Zentimeter Lichter Breite und 1,25 Meter Lichter Höhe haben. Ihre Fenster haben jedoch nur eine Lichter Höhe von 1,10 Meter.

6. Nach § 63 III dürfen auf den Quadratmeter Bodenfläche nur zwei Personen kommen. Da Ihr Saal 77 Quadratmeter Bodenfläche hat, ist nur Platz für 154 Personen vorhanden und muß dieses durch eine deutliche Aufschrift: „Raum für 154 Personen“ in Ihrem Saale kenntlich gemacht werden.

7. Nach § 67 dürfen Gaslampen nur Gähne für lose Schälchen haben, während die Lampen Ihres Lokals anders einrichtet sind.

gez. Brief.

Gegen das Versammlungsverbot beschwerte sich die Streikleitung, und bereits nach einer halben Stunde wurde das Verbot aufgehoben. Die Streikleitung hatte darauf hingewiesen, daß das Vorgehen der Stadtpolizeiverwaltung ungesetzlich sei. Das genügt, um den Bürgerweiser zu belehren, daß durch Polizeiverordnungen nicht das Versammlungsrecht aufgehoben werden kann.

Nachwahl in Homberg-Ziegenhain.

Bei der heutigen durch das Ableben des früheren Abgeordneten von Baumhach notwendig gewordenen Nachwahl zum preussischen Abgeordnetenhaus ist Landrat von Gehren in Homberg (Deutsch-Königsberg) mit allen abgegebenen 195 Stimmen zum Abgeordneten des Wahlkreises Cassel 8 (Homberg-Ziegenhain) gewählt worden.

Das Bezirkskommando als Werbebureau für Kriegervereine.

In der Dienstagnummer des „Berliner Tageblatt“ findet sich ein Artikel des Reichstagsabgeordneten Gothein über „Die Standesehre des Offizierkorps“, in dem gegen den Kastengeist des Offizierkorps vom Leber gezogen wird. An der vom militärischen Mandarinentum errichteten chinesischen Mauer werden aber die papiernen Geschosse des liberalen Abgeordneten abprallen, so lange man sich auch in den Kreisen des besitzenden liberalen Bürgertums darum reißt, mit diesem Offizierkorps gesellschaftlich oder gar verwandtschaftlich in Berührung zu kommen, mindestens aber es bis zum Reserveoffizier zu bringen. Dabei sollten doch unsere Liberalen nachgerade wissen, daß das Anziehen des Reserveoffiziers gleichbedeutend ist mit dem Aufgeben seiner freien politischen Ueberzeugung. Die Bezirkskommandos, denen die Reserveoffiziere unterstellt sind, zwingen diese geradezu in die Knechtschaft der schwärzesten Reaktion. Folgende uns zugeflogene dienstliche Anfrage, die offenbar an alle in Berlin und den Vororten lebenden Reserveoffiziere ergangen ist, beweist das klar und deutlich:

Bezirks-Kommando Schönberg, den
I. Berlin. General-Pape-Strasse.

J. II Nr. . . . Nr.-B.

Gegen Rückgabe.

Dem Königlichem Leutnant d. R.

Herrn

Wohlgebornen.

Euer Hochwohlgebornen haben hierunter zu melden, ob und ebtl. welchem Krieger-Verein Sie angehören unter gleichzeitiger Angabe der Dauer der Mitgliedschaft. Diese Meldung wird eingefordert, weil höheren Orts großes Gewicht darauf gelegt wird, daß die Offiziere des Beurkundtenlandes tätige Mitglieder der Krieger-Vereine, soweit dieselben dem Landes-Krieger-Verbande angehören, sind.

A. A.: Christiani, Major.

„Höheren Orts“ wird also „großes Gewicht“ darauf gelegt, daß die Reserveoffiziere sich in der Schutztruppe der Reaktion, denn anderes sind die Kriegervereine nicht, hervorragend betätigen. Hat man doch schon erlebt, daß selbst Nationalliberale nicht als stubenrein im kriegervereintechnischen Sinne galten. Und wieviel Reserveoffiziere mögen wohl diesen „höheren“ Druck auf ihre politische Gesinnung entschieden zurückgewiesen haben? Man wird sie mit der Laterne suchen können. Was nützen aber alle liberalen Angriffe auf den Kastengeist des Offizierkorps, wenn man sich jedem von oben kommenden Wunsche fügt. Es gibt freilich ein Radikalmittel, dem politischen Terrorismus der Militärbehörde ein Ende zu bereiten: die liberale Bourgeoisie brauchte nur ihre Söhne und Angehörigen vom Offizierberufe fernzuhalten oder sie zum Verzicht auf die Reserveoffizierwürde zu veranlassen. Bei unserer ins Riesenhafte gewachsenen Heeresorganisation müßte die Militärbehörde bald klein beigeben. Aber soweit reicht die liberale Courage nicht.

Frankreich.

Der Gemeinderat von Toulouse ganz sozialistisch.

Paris, 22. Juli. (Fig. Ver.) Gestern fand in Toulouse die Erziehung für die 10 Gemeinderatsmitglieder statt, deren radikale Inhaber ihre Mandate niedergelegt hatten. Diesmal hatte die radikale Partei überhaupt keine Kandidaten aufgestellt. Die Liste der geeinigten Partei wurde mit 13 000 Stimmen gewählt, 1000 mehr als die Sozialisten bei der Wahl im Mai aufgebracht hatten. Die Zahl der Wähler überhaupt beträgt 44 000. Der Gemeinderat besteht jetzt ausschließlich aus geeinigten Sozialisten.

England.

Kanada und die Flottenrüstungen.

London, 24. Juli. Bei Besprechung der Unterhausbrede Churchills nimmt die liberale „Ottawa Free Press“ an, daß das kanadische Parlament in einer außerordentlichen Session im Herbst zehn bis fünfzehn Millionen Dollar für Flottenzwecke bewilligen werde. Das Blatt schreibt: „Nach der historischen Debatte im Unterhause kann niemand leugnen, daß nicht nur die Bedrohung durch Deutschland tatsächlicher Natur ist, sondern das britische Reich auch einer möglichen Kombination Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Italiens im Mittelmeer gegenübersteht.“ Der liberale „Montreal Herald“ sagt, wenn die gegenwärtige Krise vorüber sei, müsse der Grund für eine Verteidigungspolitik gelegt werden, an der das ganze Reich verantwortlich beteiligt würde. Churchills Rede habe eine neue Epoche eröffnet. Die wachsende Bedeutung der Dominions über See sei anerkannt, und wer Großbritannien herausfordere, müsse auch die Kolonien herausfordern.

Die Marinedebatte im Oberhaus.

London, 23. Juli. Aus der Oberhausdebatte sind noch die Ausführungen Lord Baldanes über das Verhältnis zu Deutschland

beachtenswert. Baldane führte aus: Ich glaube, daß England einer der entscheidendsten Situationen hinsichtlich seiner Marine gegenübersteht, einer Situation, wie sie entscheidender seit langer Zeit nicht vorgekommen ist. Die Regierung ist darin einer Meinung, daß die Stellung Englands von seiner Macht zur See abhängt. Wir haben in der freundschaftlichsten Form zu der einzigen Macht, die unser Rivale ist, gesprochen und unsere Ansicht dargelegt, daß, welche Anstrengungen sie auch immer mache, sie darauf rechnen müsse, daß wir Anstrengungen machen werden, die größer sein werden, als irgend eine Anstrengung, die sie macht. Wir haben auch gesagt, daß wir dies nicht tun mit der Absicht eines Angriffs, sondern weil die Macht zur See unser Leben ist. (Beifall.) Und in der Nacht zur See beabsichtigen wir, die Heberlegen zu bleiben. Das ist die Anschauung der Regierung und das ist der Grund, für den wir uns verstanden haben. (Beifall.) Darauf wurde die Debatte geschlossen.

Kerzestreit?

London, 24. Juli. Der von dem Ausschuss der Medizinischen Gesellschaft von Großbritannien beschlossene Antrag, der Gesellschaft den Abbruch aller Verhandlungen mit dem Schatzkanzler Lloyd George über die Mitwirkung der Gesellschaft bei der Durchführung des Krankenversicherungsgesetzes zu empfehlen, ist auf der gestrigen Jahresversammlung der Gesellschaft angenommen worden. Den Grund der Differenzen bilden die hohen Honorarforderungen der Kerzte.

China.

Die Ministerkrise.

Peking, 24. Juli. Juanjikai hat der Nationalversammlung eine neue Liste von 6 Ministern zur Vervollständigung des Kabinetts überreicht. Man glaubt, daß die Versammlung diese Liste angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit über ihre Ablehnung der früheren Liste annehmen wird. Diese Unzufriedenheit hat unter anderem darin ihren Ausdruck gefunden, daß der Kommandeur der Division in Sansou der Versammlung mitteilen ließ, er werde seine Truppen nach Peking bringen und die Versammlung verjagen, wenn sie ihre Obstruktion gegen die Regierung fortsetze.

Amerika.

Die „verjüngte“ Demokratie.

New York, 14. Juli. (Fig. Ver.) Die demokratische Partei der Vereinigten Staaten, die seit dem Bürgerkrieg, von nur ein paar mageren und zweifelhaften Unterbrechungen abgesehen, in der Landespolitik „nig tau seggen“ hatte und sich auf die Korruption und Ausplünderung einer Reihe Großstädte beschränken mußte, wittert Morgenluft. Im Herbst 1910 hat die Partei der alten Sklavensbarone und der neuen Kleinkapitalistischen Klasse das Unterhaus des nationalen Parlaments erobert und verschiedene Einzelstaaten ihrem Besitz eingegliedert, und nun glaubt sie, mit Woodrow Wilson, ihrem kürzlich in Baltimore erkorenen Präsidentschaftskandidaten, ihres Sieges in den diesjährigen nationalen Wahlen sicher zu sein, und auch außerhalb der demokratischen Partei herrscht die Empfindung vor, daß Woodrow Wilson der nächste Präsident des Landes sein wird. In erster Linie berechtigt zu dieser Annahme neben der unüberwindlichen Wendelschwungung der Volksstimmung von der republikanischen nach der demokratischen Seite die in Chicago eingetretene Spaltung der herrschenden republikanischen Partei, worüber indessen in den letzten Wochen haben wie drüben genug Tinte und Druckerwärme verthan worden ist. Es muß den Demokraten aber gelassen werden, daß sie mit ihrer Erklärung Wilsons das ihnen gefährliche Moment der Chicagoer Vorgänge von vornherein ausgemerzt oder überwunden haben. Diese Gefahr bestand für die Demokraten in nichts anderem, als der Massendefektion der radikal gestimmten Massen ihres Anhangs zu den Fahnen der neuen Rooseveltpartei, und bei der ausdrücklich der verflochtenen „Primärwahlen“ zum republikanischen Konvent noch außerordentlich lebendigen Popularität Roosevelts wäre für den Fall der Reminierung eines Reaktionärs oder zweifelhaften Kandidaten ein Ueberlaufen demokratischer Wähler ins Lager des Kandidaten fraglos zu erwarten gewesen. Das reaktionäre Parler-Experiment vom Jahre 1904 redete zu deutlich, als daß die „Parteirosse“ in Baltimore, die anfänglich aus ihrem reaktionären Herzen wahrlich keine Würdegrube machten, in Baltimore wagen durften, gegen die in beiden bürgerlichen Parteien übermächtig werdende radikale Volksströmung anzuschwimmen. Der auf den Schild Erhobene, Woodrow Wilson, ist tatsächlich der radikalste Mann, den die bürgerlichen Parteien in den Vereinigten Staaten haben, und anstatt daß jetzt die radikalen Demokraten zu Roosevelts überlaufen, zeigen sich schon die Anfänge einer Defektion der „progressiven Republikaner“, der Leute, aus denen Roosevelts seine Privatpartei zu zimmern gedachte, ins Heereslager Wilsons. Die demokratische Presse des Landes redet denn auch in hohen Tönen und zeigt nicht mit Superlativen über die „große Zukunft der verjüngten Partei“ und den „würdigen Nachfolger“, den George Washington, Jefferson und Lincoln an Woodrow Wilson erhalten würden usw. Wilson vertritt alle Forderungen des Radikalismus in Amerika, einschließlich des Referendums, der Initiative und der Rückberufung volksfeindlicher Richter — Forderungen übrigens, die das größte, ihm jetzt zuzubehnde demokratische Forderung vor wenigen Monaten noch als Programmpunkte der „Mob-Herrschaft“ hingestellt hat, und es ehrt den demokratischen Kandidaten, daß er sich von seinen früheren arbeiter- und einwandererfeindlichen Ratgebermeinungen — Wilson war bis vor zwei Jahren noch simpler Professor und Universitätspräsident — zu ziemlich fortgeschrittenen sozialpolitischen Ueberzeugungen durchgemauert hat. Compers hat es denn auch eilig gehabt, Wilson zu „indossieren“. Daß die vor Erwählung Wilsons zum Bannerträger der Partei angenommene „Plattform“ der Demokraten nichts von allen jenen Forderungen enthält, geniert Compers dabei nicht, so wenig, wie er sich dadurch beirren läßt, daß sie ihn selber in Baltimore, wo er die Forderung des Schutzes der Gewerkschaften gegen Uebergriffe des Richtertums präsentierte, glatt abgewiesen haben.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für die Reichstagswahlkreise Breslau-Ost und West hat im verflochtenen Geschäftsjahre das erste Zehntausend Mitglieder überschritten. Er zählt gegenwärtig 8405 männliche und 1550 weibliche Mitglieder. Am 1. Juli d. J. führte der Verein das Vertretersystem zu den geschäftsführenden Versammlungen und den Generalversammlungen ein. Je 25 Mitglieder wählen einen Vertreter. Der nun vorliegende Jahresbericht zeigt ein reges Vereinsleben. Die Vereinsabrechnung bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 42 434,50 M. Die Kosten der Reichstagswahl, die die Wiedererobierung der beiden Kreise brachte, beliefen sich auf 19 066,52 M., einschließlich der Stichwahl, die im Ostkreis nötig war. Für eine Landtagsersatzwahl, die durch die Ungültigkeitserklärung des Mandats des liberalen Abgeordneten Dr. Ehlers nötig wurde, sind 2700 M. verausgabt worden. Sämtliche Wahlkosten sind in einem besonderen Wahl-

fonds gesammelt worden. Erfreulich ist der Glanz der Frauenbewegung. In jedem dritten Montag im Monat treten die weiblichen Mitglieder in acht Lokalen zu Frauenabenden zusammen, in denen belehrende Vorträge gehalten werden. Auch wird die Diskussion gepflegt. So gelang es, sechs Genossinnen als Referentinnen heranzubilden. Ein schwieriges Gebiet hat die Kinderbeschäftigung zu bearbeiten, da leider noch ein großer Teil der Arbeiterschaft das Kinderschutzgesetz nicht als Wohlthat betrachtet, sondern es als eine Last empfindet, die ihnen ihre meist sehr knappen Familien-einkommen noch mehr verkleinert. In der Stadt Breslau hat unser Parteiorgan, die „Vollmacht“, 19 700 Abonnenten. Auch in der Reichszeit hat die Breslauer Polizei und die Breslauer Justiz ihren bisherigen Ruf gewahrt. Gegen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins wurde wegen politischer Delikte auf 354 M. Geldstrafe erkannt. Redakteure der „Vollmacht“ erhielten 6 Monate Gefängnis und 1605 M. Geldstrafe zuzuschießen. Außerdem erkannte Breslauer Gerichte gegen Parteigenossen (meist aus dem Wahlkreis Breslau-Land-Neumarkt) wegen politischer Vergehen auf 9 Monate, 8 Wochen Gefängnis und 232 M. Geldstrafe. Rechnete man noch die Strafen hinzu, welche Breslauer Richter gegen Gewerkschaftler erkannten (6 Monate, 25 Wochen, 6 Tage Gefängnis; 9 Wochen, 4 Tage Haft und 322 M. Geldstrafe), so ergibt dies insgesamt 20 Monate, 28 Wochen, 6 Tage Gefängnis; 9 Wochen und 4 Tage Haft und 2191 M. Geldstrafe, die im letzten Jahre von Breslauer Gerichten gegen Angehörige der modernen Arbeiterbewegung wegen ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Tätigkeit erkannt wurden. Dabei ist die obige Zusammenstellung nicht lückenlos. Ebenso geht die Polizei gegen die Träger von Kränzen mit roten Schleifen vor.

Die Genossen des 11. sächsischen Reichstagswahlkreises (Burgen, Ohsch, Grimma) hielten am Sonntag, in dem Muldenstädtchen Rerchau ihre Hauptversammlung ab. Die Kreisorganisation hat wieder schöne Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl des Volksvereins stieg von 2148 auf 2540. Prozentual beträgt die Mitgliederzahl zu den Wahlberechtigten 22,8 und die der männlichen Mitglieder 18,8. Die Kasse schloß ab mit 10 650,28 Mark. An den Parteivorstand in Berlin und das Bezirkskomitee in Leipzig wurde das Plakatteil voll abgeführt. Ueber den Reichstagswahlkampf wurde Bericht erstattet. Eine gewaltige Arbeit ist da bewältigt worden, doch konnte der Wahlkreis nicht zurückerobert werden. Es fehlten noch einige hundert Stimmen. Der Reichstagswahlkampf kostete diesmal 14 829,14 M. Die Versammlung nahm Stellung zur sächsischen Landesversammlung und alsdann zum Parteitag in Chemnitz. Als Delegierte zum Parteitag wurden die Genossen Lipinski und Martin-Burgen gewählt.

Die Versammlung stellte ferner Genossen Lipinski einstimmig wieder als Reichstagskandidaten für den 11. Wahlkreis auf. In längerer Debatte wurde auch Stellung genommen zum Jugend- und Bildungsfrage und zum Wahl. bezw. Kaisererfonds.

Die sozialdemokratische Kreisorganisation des Wahlkreises Gießen-Grünberg hielt am Sonntag in Gießen ihre diesjährige Kreisversammlung ab, die von 44 Delegierten aus 22 Orten besucht war. Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende Genosse Bedmann. Die Landtagswahlen fanden im November 1911 statt. Durch das von der Reaktion verhandelte Wahlgesetz war es nicht möglich, in unseren vier Kreisen einen Kandidaten durchzubringen. Besonders ungünstig bemerkte sich das Zweistimmensystem und die ungünstige Wahlkreiseinteilung. Flugblätter wurden anlässlich der Landtagswahl 50 000 verteilt. Versammlungen wurden 57 abgehalten. Bei der Reichstagswahl war es möglich, unsere Stimmen, die wir bei der Nachwahl 1911 erhielten, so ziemlich zu behalten. Es sind in den Dörfern, weiter ab von Gießen, circa 500 Stimmen verloren gegangen. Schuld an diesem Verlust ist in erster Linie der unerhörte Terrorismus der größeren Bauern gegenüber den kleinen und den Arbeitern auf dem Lande. Der Stimmenverlust wurde wieder wettgemacht durch eine Stimmenzunahme in der Stadt Gießen und den Orten in der nächsten Umgebung. Außerdem ist zu betonen, daß bei dieser Wahl nicht so viele Referenten zur Verfügung standen als bei der Nachwahl 1911. Es wurden im ganzen anlässlich der Reichstagswahl (Haupt- und Stichwahl) 207 Versammlungen im Wahlkreise abgehalten, sowie 120 000 Flugblätter verteilt. Gegen die Wahl des Antisemiten Dr. Werner ist Protest eingelegt worden. Sonstige Flugblätter wurden noch verteilt im Geschäftsjahr 6000 Exemplare. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher im Kreise beträgt 26 in 10 Orten.

Den Klassenbericht erstattete der Kreisassessor Genosse Wetters, dem auch nur günstige zu entnehmen war. Der Geschäftsführer der „Oberhessischen Volkszeitung“, Genosse Noll, berichtete über den Stand der Presse und konnte darüber nur gutes berichten. Seit April d. J. erscheine die „Oberhessische Volkszeitung“ achteinseitig. Im Herbst soll eine großzügige Agitation für die Presse entfaltet werden. Sodann referierte Genosse Wetters über den Parteitag in Chemnitz. Eine besondere Debatte rief die Reorganisation des Organisationsstatus hervor. Die Einführung eines Parteiaus-schusses, wie dies von der Kommission gewünscht wurde, wurde verworfen. Einmal sei der Apparat ein zu schwerfälliger und andererseits auch zu kostspielig. Der bis jetzt bestehende Kontrollaus-schuss genüge vollständig. Billigung fand der Vorschlag der Kommission, wonach in Zukunft die Reichstagsfraktion nur durch 1/3 ihrer Mitglieder auf den Parteitag vertreten sein könne. Die vorgeschlagene Beitragserhöhung, wie sie der neue Entwurf vorsehe, fand nicht die Zustimmung der Konferenz. Da hier ein Monatsbeitrag von 30 Pf. für männliche und 15 Pf. für weibliche Mitglieder befehlt, würden und nicht nur durch Einführung des 40 Pf. Beitrages Mitglieder verloren gehen, sondern auch die Neugewinnung von Mitgliedern würde erschwert werden. Durch einstimmige Annahme einer Resolution sprach sich die Konferenz gegen die Einführung eines Mindest-Monatsbeitrages von 40 Pf. aus und für die Beibehaltung eines solchen von 30 Pf. Die schlechten Lohnverhältnisse im Gießener Kreise bedingen dies. Der Delegierte wurde beauftragt, in diesem Sinne zu handeln. Ein entsprechender Antrag wird an den Parteitag eingereicht werden.

Eine Kreisversammlung des 7. badischen Reichstagswahlkreises beschloß, dem deutschen Parteitag zur Reorganisation der Partei den Vorschlag zu machen, aus jedem Landesteil mögen dem Parteitag drei Parteigenossen für den Parteiaus-schuss zur Wahl gestellt werden, so daß dieser gewählt und nicht nur ernannt wird. Weiter sprach sich die Konferenz gegen die geplante Aufhebung des mittelbadischen Parteisekretariats aus und tadelt, daß im Organisationsstatutentwurf nicht die Einberufung sogenannter Landeskonferenzen durch den Landesvorstand vorgesehen sei, durch welche dem Parteitag vorgearbeitet werden könne.

Der „Fall Landberg“.

Der Sozialdemokratische Verein für Landberg hielt am Dienstagabend seine Generalversammlung ab. Unter anderem berichtete der Ausschussvorsitzende Genosse Freygel über die gemeinsam von Vorstand und Ausschuss gepflogenen Verhandlungen über den „Fall Landberg“, der zu der Veröffentlichung der bekannten Erklärung der beiden Parteien führte. In der Diskussion wurde von einigen Rednern Unzufriedenheit mit jener Erklärung zum Ausdruck gebracht. Genosse Landberg wandte sich gegen die Auffassung, daß er sich an einer monarchischen Ovation beteiligt habe. Wenn das der Fall sei, müsse ihm ein Nichttrauenaktum ausgestellt werden, denn dann gehörte er in eine republikanische Partei nicht hinein; er werde unzugänglich die Konsequenzen ziehen, denn er liege an keinem Amt und nicht an dem Mandat. Die Generalversammlung beschloß mit großer Mehrheit gegen vereinzelte Stimmen, den „Fall Landberg“ durch die oben erwähnte Erklärung der Parteien zu erledigen zu erklären.

Von der Parteipresse. Es weiter Redakteur am „Redar-Cho“ in Heilbronn wurde Genosse Fritz Ulrich, bisher Redakteur der „Freien Presse“ in Reutlingen gewählt.

Gewerkchaftliches.

Eine Geschichte der deutschen Schmiedebewegung.

Dem Beispiel anderer Gewerkschaften folgend, hat jetzt auch der Zentralverband der Schmiede eine Geschichte der gewerkchaftlichen Bewegung der Schmiede Deutschlands herausgegeben. Das Werk, dessen erster Band kürzlich der Öffentlichkeit übergeben wurde, ist von dem Berliner wohlbekannten alten Parteigenossen Emil Vasner bearbeitet. Er macht seine Leser zunächst mit der alten Zunftverfassung und den Zunftbräuchen des Schmiedegewerbes bekannt, von denen sich manche Reste bis in die neueste Zeit erhalten hatten. Eine reichhaltige Sammlung jahrhundertalter Dokumente gewährt interessante Einblicke in das verflorene Zunftwesen.

Die neuzeitliche gewerkchaftliche Bewegung der Schmiedegesellen, die der Verfasser des Werkes von Anfang an miterlebt und mitgeschaffen hat, geht Hand in Hand mit der modernen Arbeiterbewegung und ist mit ihr zugleich entstanden. Als die Gewerbeordnung von 1869 den Arbeitern das Koalitionsrecht und damit die gesetzliche Grundlage für die Entfaltung der modernen Gewerkschaftsbewegung gab, regte sich auch unter den Schmieden das Verlangen, ihre Lage im Kampfe gegen das Unternehmertum zu verbessern. Bevor es zu einer Organisation der Berufsangehörigen gekommen war, wurden in verschiedenen Großstädten Streiks teils mit größerem, teils mit geringerem Erfolge geführt. In der Hauptsache drehten sich diese Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit, die damals bei den Schmieden noch 12 bis 14 Stunden täglich betrug. Die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 10 bis 11 Stunden sowie die Abschaffung der allgemein üblichen Sonntagsarbeit erforderte hartnäckige und langwierige Kämpfe, ebenso die Erhöhung der ungewöhnlich niedrigen Löhne. Mangels einer festen Organisation konnten die durch Streiks errungenen Erfolge auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden. Deshalb kamen die aufgefällten Berufsangehörigen bald zu der Einsicht, daß eine starke, geschlossene Gewerkschaftsorganisation die notwendige Voraussetzung dauernder Erfolge ist. Doch es war in jener Zeit schwer, die große Masse der Schmiedegesellen um das Banner einer zielbewußten Gewerkschaft zu fassen. Die Agitation von Kirch-Dunderscher Seite hat, wie es scheint, unter den Schmiedegesellen nie einen starken Anflug gefunden. Was Anfang der 70er Jahre das Gedeihen der gewerkchaftlichen Organisationen sehr erschwerte, das waren die Gegenläufe unter den Klassenbewußten Arbeitern selbst. Auf politischem Gebiete standen sich die Sozialdemokraten Lassalle'scher und Eisenacher Richtung gegenüber. Diese Gegenläufe machten sich auch in der gewerkchaftlichen Agitation geltend. Dazu kamen dann noch auf dem eigentlich gewerkchaftlichen Gebiete die Streitfragen: Lokal- oder Zentralorganisation, Branchenorganisation oder Industrieverband. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß die gewerkchaftliche Organisation nur langsam fortschreiten konnte.

Die ersten Anfänge der Schmiedeororganisation sehen wir im Jahre 1875 entstehen. Eine Branchenorganisation der Schmiede war es, die im genannten Jahre in Berlin gegründet wurde. Sie war als eine Zentralorganisation gedacht, konnte aber zunächst keinen Anstoß anderer Städte finden. Auf Verreiben der Berliner Organisation wurde 1876 das erste Gewerkschaftsblatt der Schmiede, „Der Ambos“ herausgegeben. Das Blatt sollte ein Bindeglied zwischen den Berufsangehörigen des Reiches darstellen. Der gewünschte Erfolg war gering. Nur unter großen Opfern einzelner Personen konnte das Blatt am Leben erhalten werden. Nach mühevoller Agitationsarbeit gelang es im Jahre 1877 Zentralorganisation unter dem Namen: „Verband deutscher Schmiede“ ins Leben zu rufen. Die Hochvereine in Leipzig, Hamburg, München und Berlin traten dem Verbande bei, der in der Folgezeit noch weitere erfreuliche Fortschritte machte, die zu den besten Hoffnungen berechtigten. Doch alle diese Hoffnungen wurden jäh vernichtet durch das Sozialistengesetz, welches mit brutaler Gewalt jede Bewegung der Klassenbewußten Arbeiterschaft unterdrückte. Am 21. Oktober 1878 trat das Sozialistengesetz in Kraft und schon am 23. Oktober wurde der Verband der Schmiede polizeilich aufgelöst. „Der Ambos“ wartete die polizeiliche Strangulierung nicht erst ab, er stellte sein Erscheinen ein. Ein Jahr später fiel auch die Zentralkrankenkasse der Schmiede, die noch einen gewissen Zusammenhalt der Kollegen ermöglicht haben würde, dem Sozialistengesetz zum Opfer. Gleich der gesamten politischen und gewerkchaftlichen Organisation war auch die Organisation der Schmiede vernichtet.

Als nach einigen Jahren, soweit es unter der drückenden Fessel des Sozialistengesetzes möglich war, die gewerkchaftliche Bewegung sich wieder zu regen begann, gründeten die Schmiede in Hamburg am 16. Januar 1883 wieder einen Hochverein, der als der Anfang der heutigen Schmiedeororganisation bezeichnet wird. Dem Vorgehen Hamburgs schlossen sich nach und nach auch die Schmiede in anderen Städten an. Berlin folgte am 7. Juli 1884 mit der Gründung eines Hochvereins.

Den Versuchen, die Metallarbeiter aller Berufe in einer gemeinsamen Organisation zu vereinigen, widerstrebten die Schmiede. Sie hielten die zentrale Branchenorganisation für die beste Form der Gewerkschaft. Sie waren deshalb nicht für die Ende 1884 gegründete „Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands“, lehnten auch die beabsichtigte Gründung einer gemeinsamen Organisation für alle im Wagenbau beschäftigten Arbeiter ab und beschloßen 1885 die Gründung einer „Vereinigung der deutschen Schmiede“, welcher eine Reihe der damaligen örtlichen Schmiedefachvereine nach und nach beitraten. In jenen Jahren kam es in verschiedenen Großstädten wieder zu heftigen, meist erfolgreichen Lohnkämpfen, bei denen immer noch die Erringung des Zehnbezugstages die Hauptrolle spielte.

Unter den kleinlichsten politischen Schifanierungen auf der einen Seite, Lohnkämpfen mit den Unternehmern auf der anderen Seite, außerdem noch lebhaften Debatten und Reibereien mit der Metallarbeitervereinigung wegen der Organisationsform, kam das Jahr 1890 heran, welches die Arbeiter-schaft Deutschlands von dem schweren Druck des Sozialistengesetzes befreite. Wie in der politischen, so erwachte auch in der gewerkchaftlichen Bewegung neues, kraftvolles Leben, an dem die Schmiedeororganisation tätigen Anteil nahm.

Soweit führt uns der erste Band. Der noch nicht erschienenen zweite Band soll die Schmiedebewegung bis zur Gegenwart behandeln.

Berlin und Umgegend.

Kellnerstreik im Auschank der Löwenbrauerei, Badstraße 67, Ecke der Hochstraße. Im genannten Betriebe legten die Kellner die Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.:

Arbeit nieder, weil der Unternehmer Donath sich Weigerung, anstatt der ungenügenden Beschäftigung eine monatliche Kostenerschädigung von 40 M. zu zahlen. Es ist dies eine Forderung, die in dergleichen Betrieben im allgemeinen anerkannt worden ist. Auch die Papier- und Hausdiener legten die Arbeit nieder, da ihre Forderung ebenfalls nicht bewilligt wurde. Die Frauendirektion lehnt jede Einmischung ab. Dies dem Publikum zur gest. Kenntnisnahme. **Verband der Dachdeckergehilfen, Ortderverwaltung Berlin I.**

Die Tarifbewegung im Dachdeckergerwebe.

Die Dachdecker und Berufsangehörigen sind im Ausstand bei den Firmen Bachholz, Varenhlin, Venz, Christoph und Kopp u. Cie. Die Arbeitgeber sind bemüht, Arbeitswillige zur Fertigstellung der notwendigen Arbeiten zu erhalten. Diese Werkstellen sind selbstverständlich zu meiden. In einem ganz eigenartigen Lichte erscheint jetzt das Verhalten des Arbeitgeberverbandes. Während der Verhandlungen mit den Arbeitern konnten die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes den Mund nicht voll genug nehmen. Nach ihren damaligen Ausführungen hatte es den Anschein, als ob die Unternehmer die Arbeiter sofort über den Haufen rennen wollten, wenn sie auch nur den geringsten Versuch machen würden, gegen einen Arbeitgeber vorzugehen. Recht deutlich tritt dies durch folgende Resolution zutage, welche die Unternehmer in ihrer außerordentlichen Generalversammlung am 18. Juni nach dem Verammlungsbericht einstimmig angenommen haben. Die Resolution lautet:

„Die heute in der außerordentlichen Versammlung des Arbeitgeberverbandes zu Berlin im Umgegend erschienenen Arbeitgeber sprechen der Tarifkommission für ihre Wühaltung in den Tarifverhandlungen ihren Dank aus. Die heutige Versammlung erklärt einstimmig, den Arbeitnehmern weitere Zugeständnisse als die Verlängerung des alten Tarifes bis 31. März 1913 nicht machen zu können. Einem eventuellen Streik werden die Arbeitgeber gewappnet zu begegnen wissen.“

Sollte über eine Firma die Sperre verhängt werden, so erklärt sich der Arbeitgeberverband für solidarisch und beschließt hiermit, daß dann sofort sämtliche organisierten Arbeitnehmer ausgesperrt werden. Obiges gilt auch für die organisierten Dachdeckerhilfsarbeiter und dürfen auch für diese keine Sonderverträge abgeschlossen werden.“

Auch in der Innungsverammlung der freien Innung des Dach-, Schiefer- und Ziegeldachdeckerhandwerks zu Berlin wurde am 8. Juli dem Inhalte nach die gleiche Resolution angenommen.

Und gestern beschloß der Vorstand des Arbeitgeberverbandes nach den Mitteilungen bürgerlicher Blätter:

„Infolge der von den Berliner Gesellen und Hilfsarbeitern über fünf Firmen verhängten Sperre wird in der heutigen außerordentlichen Vorstand- und Kommissionsitzung auf Grund der erteilten Vollmacht beschloßen, am Donnerstag, den 25. Juli, nach Schluß der Arbeitszeit sämtliche organisierten Dachdecker und Hilfsarbeiter auszusperren. Wir ersuchen die Herren Kollegen, diesen Beschluß auf das strengste durchzuführen.“

Mit der Mitgliedschaft des Arbeitgeberverbandes ist es nur sehr langsam bestellt. Ein ziemlich hoher Prozentsatz von Unternehmern gehört dem Arbeitgeberverband überhaupt nicht an. Selbst von den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes aber ist ein beträchtlicher Teil mit der Politik des Vorstandes und der Tarifkommission nicht einverstanden. Ganz offen erklären diese Herren sich gegen die Maßnahmen des Vorstandes, und ganz offen sagen sie: Beschließt der Arbeitgeberverband die Aussperrung, dann machen wir eben nicht mit.

Bei dieser Sachlage ist es wohl zu verstehen, daß der Arbeitgeberverband mit Schnelheit darauf wartete, die Arbeiter möchten den allgemeinen Streik beschließen, um dem Arbeitgeberverband in die Hände zu arbeiten und um seine Position zu befestigen.

Hoffentlich werden die Arbeiter diese Pläne aber durchkreuzen und werden sich nicht zu Taten hinreißen lassen, welche eine unbedingte Niederlage für die Arbeiter herbeiführen müßten. Was jetzt stehen die Dinge für die Arbeiter äußerst günstig. Auf der einen Seite der beinahe aus den Angeln gehobene Arbeitgeberverband. Auf der anderen Seite der Zentralverband der Dachdecker gemeinsam mit dem christlichen Bauarbeiterverband.

„Sonderverträge mit den Arbeitern dürfen nicht abgeschlossen werden.“ so diktierten die Herren am 18. Juni in ihrer Versammlung. Kaum hat die Tarifbewegung ihren Anfang genommen, so sind schon 5 Verträge mit den Arbeitgebern abgeschlossen, lautend bis 30. Juni 1914.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung der Kellner in Darmstadt hat bei dem absehenden Verhalten der Wirte zum Streik geführt; einige Betriebe haben zwar bewilligt, in einem der größten streikten jedoch am Sonntag 7 feste und 30 Ausschüßler. Die Bewegung dauert fort. Zugut ist unter allen Umständen fernzubalten!

Der Werkmeisterverband „bessert“ sich.

Die Scharmacher betrachten seit geraumer Zeit den Werkmeisterverband mit Mißtrauen, besonders seit im Organ des Verbandes Mitarbeiter sich scharf gegen die Gelben wandten.

Der Düsseldorf'sche Bezirksverein des Werkmeisterverbandes hat sich nun kürzlich an eine Reihe von Firmen gewandt, um finanzielle Unterstützung zu bekommen. Die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat darauf besondere Erhebungen über die „Zuverlässigkeit“ des Werkmeisterverbandes angestellt und dabei erhoben, daß die Opposition im Verband, die denselben in das Jahresschiff des Bundes der technisch-industriellen Beamten lenken wolle, besonders von Berlin ausgehe und nur ein Fünftel der Mitglieder umfasse. Da aber an dem guten Willen der Leitung des Werkmeisterverbandes, gute Beziehungen zu den Arbeitgebern zu unterhalten, nicht zu zweifeln sei, empfiehlt der Scharmacherverband, eine Veränderung in dem wohlwollenden Verhalten dem Verband gegenüber nicht eintreten zu lassen.

Es scheint danach, als ob die Leitung des Werkmeisterverbandes bestimmte Versprechungen abgegeben habe, und so dürfte sie sich denn nächstens wohl anschicken, den Kenntnisreichsten und energischsten Mitgliedern den Stuhl vor die Tür zu setzen.

Ausland.

Die belgische Gewerkschaftspresse.

An den deutschen Gewerkschaften gemessen, sind die belgischen Gewerkschaftsorganisationen noch recht klein, ihre Einrichtungen unvollkommen, ungenügend. Das gleiche gilt natürlich von der Gewerkschaftspresse. Immerhin macht sich in den letzten Jahren eine erfreuliche Entwicklung nach vorwärts bemerkbar.

Die der belgischen Gewerkschaftskommission (Generalkommission) angeschlossenen Zentralverbände, Föderationen, Fachvereine geben zusammen 25 Fachblätter heraus. Davon erscheinen 21 nur einmal, 3 zweimal monatlich, ein einziges allwöchentlich. Von diesen Organen sind 8 in französischer Sprache gehalten; sie haben zusammen eine Auflage von 51 740 Exemplaren. Acht andere, die nur in flämischer Sprache redigiert sind, haben eine Auflage von zusammen 36 100 Exemplaren. Zehn Blätter erscheinen in französisch und flämisch; ihre Auflage beträgt 24 100. Dazu kommt noch das Organ der belgischen Seeleute „De Zeeman“, der in einer Auflage von 2000 Exemplaren herausgegeben wird, und der neben flämischem Text auch solchen in englischer und deutscher Sprache enthält. Danach erreicht die belgische Gewerkschaftspresse eine Auflage von insgesamt 114 840 Exemplaren. Die höchste Auflage hat das Organ der Metallarbeiter mit 20 000 in französischer, 10 000 in flämischer Sprache. Diefem folgt der Bergarbeiter (französisch) mit 14 000, sodann der Steinarbeiter (französisch) mit 10 500, der Textilarbeiter (flämisch) mit 10 000 Exemplaren. Dazu ist zu bemerken, daß die Gesamtauflage höher ist, als die Gesamtmitgliedszahl der betreffenden Organisationen.

Es kann nicht übersehen werden, daß bei den beschränkten Mitteln, die den meisten der belgischen Gewerkschaften zur Ausgestaltung

ihrer Organe zur Verfügung stehen, auch der Inhalt oft recht zu wünschen übrig läßt. Der Genosse Wahlman, der im Korrespondenzblatt der belgischen Gewerkschaftskommission über diesen Gegenstand schreibt, erhebt recht bittere Klage über die Ueberbürdung der angestellten Sekretäre der Gewerkschaften, die nebenbei auch die Redaktion des Organs zu befragen haben. Es fehlt an Zeit, aber auch an jeglichen Bildungsmitteln, an Zeitschriften und Büchern zur Information. Der Beamte soll Organisator, Agitator ebenso gut wie Redner und Redakteur — alles in einer Person sein.

Um eine Besserung dieser Verhältnisse herbeizuführen, macht der Genannte folgende Vorschläge: Die größeren Blätter mit 10 000 Exemplaren und mehr sollten einen besonderen Redakteur anstellen. Außerdem sollte bei der Gewerkschaftskommission ein Prehausausschuss errichtet werden, dem die Aufgabe zufällt, einige Redakteure bezuglose Mitarbeiter für einzelne Spezialfächer zu gewinnen, deren Arbeiten für die gesamte französische und flämische Gewerkschaftspresse nutzbar zu machen sind. Weicht dies auf dem Gebiete der Sozialpolitik, Volkswirtschaft, Gesetzgebung usw., so verbleibe (nach Wahlman) für die Sekretäre nur noch das speziell Berufliche zu bearbeiten. Noch immer haben die belgischen Gewerkschaften — die französischen bekanntlich in noch höherem Maße — mit dem Widerstande der dortigen Arbeiterschaft gegen hohe Vereinsbeiträge zu rechnen. Hoffentlich gelingt es ihnen, diesen bald zu überwinden und damit auch mondes Hemmnis, das sich jetzt der Weiterentwicklung der Organisationen noch entgegenstellt.

„Arbeitswillige“ Revolverbelden.

Paris, 22. Juli. (Fig. Vet.) Da der Ausstand der Seeleute, allen Berichten der Unternehmerpresse zum Trost, nicht abnehmen will, haben die Redner an die Elemente appelliert, die als professionelle „Arbeitswillige“ überall bei den Ausbeutern ebenso beliebt wie von den anständigen Leuten gemieden sind. Die zusammengekauften Mannschaften, die unter Polizeischutz auf die Schiffe verladen wurden, sind für die Passagiere, deren Leben ihrer Tätigkeit und Gewissenhaftigkeit anvertraut ist, ebenso eine Gefahr, wie für die ehrenhaften Seeleute, mit denen sie Handel suchen. In Paris gibt es jetzt unter dem Titel „Freiheit der Arbeit“ ein Werbebureau für dieses Gefindel. Dieses Bureau hat einen Trupp Streikbrecher nach Dunkirchen geliefert, wo sie als „Seeleute“ und „Docker“ eingestellt wurden. Einer der Kerle, ein gewisser Weber, hat am Sonntag ohne jeden Anlaß auf freitende Hafenarbeiter geschossen und einen Docker wie einen gerade vorbeikomenden Weber verwundet. Er wurde verhaftet, ebenso sein Spießgeselle Brunet. In ihrer Entlohnung wird Volltrunkenheit angeführt. Die beiden hatten in der Tat die ganze Nacht im Vorderbierl durchgezogen. Die Ausbeuter sind ja sehr freigebig gegen solche Vorkämpfer der „Arbeitsfreiheit“. Wehe aber den Streikenden, die im Kampfe um etwas mehr Brot mit diesen etwas unsanft verfahren. Sie sind dann „Terroristen“, und die ganze Unternehmerpresse brüllt nach Staatsanwalt und Gendarm.

Aus Industrie und Handel.

„Patriotische“ Unternehmer.

Die Unternehmer sind im allgemeinen Gegner des kommunalen oder staatlichen Regiebaues. Wenn ihnen aber gerade paßt, machen sie auch Ausnahmen und ein Beispiel hierfür liefern jetzt die schweizerischen Unternehmer. Letztes Jahr wurden von der Verwaltung der schweizerischen Staatsbahnen die Arbeiten für die Erstellung eines Hauentunnels im Betrage von 21 Millionen Frank an eine Berliner Firma vergeben, weil die Offerten der einheimischen Unternehmer große Ueberforderungen enthielten. Die gleiche Prozedur wollte die Generaldirektion der Bundesbahnen beim Bau des zweiten Simplontunnels einschlagen. Zwar lag bereits ein Vertrag mit der Erstellerin des ersten Simplontunnels vor, aber die Firma weigerte sich, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, da sie angeblich nicht auf ihre Rechnung komme. Eine zweite Ausschreibung der Arbeiten zeitigte wieder das gleiche Resultat, wie beim Bau des Hauentunnels. Die einheimischen Unternehmer hatten sich verständigt und müßten diese Monopolstellung aus. Nun sollte der Zuschlag an eine Mannheimer Firma erfolgen, aber die Unternehmer erhoben Einsprüche. Ihre Verbände beriefen Protestversammlungen ein, man lehrte den Schug der „nationalen Volkswirtschaft“ heraus, machte Eingaben an die Verwaltung und setzte es durch, daß der Verwaltungsrat der Staatsbahnen als entscheidende Instanz die Anträge der Generaldirektion ablehnte, Statt der Vergabung ins Ausland ist nun die Ausführung des zweiten Simplontunnels in Regie beschloßen worden. Das ist grundsätzlich entschieden zu begrüßen, im konkreten Fall indes handelt es sich für die Unternehmer nur darum, der Erstellerin des ersten Tunnels entgegenzukommen und zwar in der Weise, daß ihr die Staatsbahnen die Bauseinrichtungen, Maschinen, Werkzeuge usw. um taures Geld abkaufen. Ohne diesen Hintergedanken wären die Unternehmerverbände niemals auf den Regiebau verfallen, den sie sonst konsequent bekämpfen.

Letzte Nachrichten.

Der Streik im Londoner Hafen.

London, 24. Juli. (B. T. V.) Der Arbeiterführer Habelo Wilson, der am Montag von einer Auslandsreise zurückgekehrt ist, droht einen allgemeinen Ausstand der Transportarbeiter an und hat ein Manifest an die Transportarbeiter aller englischen Häfen der vereinigten Königreiche veröffentlicht, in welchem erklärt wird, daß, solange die Arbeitgeber des Londoner Hafens ihre gegenwärtigen Forderungen aufrechterhalten, die Trade-Unions-Bewegung nicht allein den Londoner Hafen, sondern alle Häfen Großbritanniens bedrohen werde. Wilson fordert die Arbeiter zur sofortigen Unterstützung der notleidenden Dockerarbeiter auf und kündigt die Absicht an, alle Hafensorte zu besuchen. Er verlangt dringend von ihnen, falls der Londoner Streik nicht in einer die Arbeiter zufriedenstellenden Weise beigelegt werde, zur Tat bereit zu sein. Heute nachmittag durchzogen etwa 30 000 bis 50 000 Mann mit den Arbeiterführern an der Spitze die City und versammelten sich darauf in Towerhill, wo der Arbeiterführer von Lilliet eine Ansprache hielt.

Nordbrennereien in Mexiko.

Mexiko, 24. Juli. (B. T. V.) Nach hier vorliegenden telegraphischen Nachrichten aus verschiedenen Teilen des Landes ist der Aufstand keineswegs, wie es bereits den Anschein hatte, unterdrückt; die Rebellen ziehen vielmehr brennend und plündernd umher und verwüsten das Land. Vor allem sind ihre Verheerungen jetzt darauf gerichtet, den Truppentransport durch die Verkürzung der Eisenbahnen zu verhindern. So besagt eine hier eingelaufene Meldung, daß die Bahnverbindung Aton-Torreón unterbrochen ist und alle Brücken zwischen Gomez, Palacio und Dipolito von den Aufständischen verbrannt worden sind. Die Anhänger des Generals Zapata überfielen bei Ixtapalapa den Rest der Anhängerschaft des Generals Orozco und zerstörten ein Vergewert in Dolores.

Jugentgleisuna.

Wien, 24. Juli. (B. T. V.) Bei der Station Unterreich ist ein Eisenbahnzug passiert. Der Güterzug Brud-Fiume entgleiste. Es erfolgte eine Kesselexplosion. Zahlreiche Angestellte wurden verletzt. 12 Waggons sind zertrümmert worden.

Vier Arbeiter verschüttet.

Frag, 24. Juli. (B. T. V.) In Knonih bei Prag ist in einer Sandgrube durch unvorsichtiges Abgraben eine Steinwand eingestürzt. Vier Personen und ein Pferdsgespann wurden verschüttet. Eine Person wurde schwer verletzt geborgen, die übrigen drei sind tot. Auch die Pferde sind tot.

Vom Fliegerproletariat.

Das Flugwesen ist in Deutschland erst wenige Jahre alt. Vor etwa drei Jahren betrug die Zahl der Flieger noch ein knappes Duzend; sie haben sich zwar äußerst rasch, aber doch immerhin erst auf etwa 250 erhöht. Und dennoch muß schon jetzt von einem Fliegerproletariat gesprochen werden.

In der „Neuen Zeit“ (Nr. 85 vom 31. Mai 1912) hat Genosse Grempe auf das soziale Elend der Flieger hingewiesen. Grempe betonte dabei, es sei falsch, anzunehmen, daß im Fliegerberuf große Gewinne zu machen seien, wenn man nur die nötige Köhlfähigkeit besitze.

Wenn heute von Fliegern die Rede ist, dann denkt man an die Namen Lindbergher und Girth etwa und verbindet damit den Gedanken an Riesengewinne, die solche Leute für ihre kühnen Flüge einfacken. Bieleicht erscheint es dem einen oder dem anderen als eine zu hohe Belohnung, wenn für einen Flug von ein paar Stunden 20 000 oder 50 000 M. gewonnen werden.

Man darf aber dabei doch nicht die hohe Gefahr vergessen, die noch heute mit dem Fliegen verbunden ist. Noch immer opfern jährlich zahlreiche Piloten ihr Leben für ihren Beruf. Vor allem vergißt man aber gewöhnlich die anderen Flieger, die trotz großer Mühe und hohen Aufwandes seinen oder nur geringen Gewinn bei den Schauflügen davontragen. Selbst die großen Gewinne wird man bei Veräuflichung aller Umstände nicht als übertrieben, sondern als berechtigten Ehrenlohn für außerordentliche Leistungen ansehen müssen.

Man hofft die Flieger, daß für sie und besonders auch für die selbständigen Flieger, denen es nicht viel besser geht, wenn sie nicht vom Glück begünstigt waren, von der famosen „Nationalflugpende“ etwas abfällt. Sie werden sich wahrscheinlich auch darin täuschen, denn man braucht das Geld zum Ankauf von Flugzeugen und der Ausbildung von Offizieren. Die Flugzeugfabriken werden das Geschäft machen. Und die Berufsfieger, diese neue Gruppe von Proletariern, werden eine Enttäuschung mehr haben.

Kleines feuilleton.

Der Sommer der Plutokratie. Aus New York wird uns geschrieben: Mit dem Juli hat hier und an der atlantischen Küste der Vereinigten Staaten überhaupt der gefährlichste subtropische Sommer eingesetzt, und die Zeitungen bringen tagtäglich wieder lange Listen tödlicher Hitzschlagfälle, deren Opfer meist Proletarier sind, die in der Sackofenhüte der Großstadt und in den schledt oder gar nicht ventilierten Werkstätten und Schweißbuden aushalten müssen.

Ein, wenn nicht vornehm, so doch kostspieligerer „Country Club“ ist der Pittsburger, zu dessen Mitgliedern außer dem Staatssekretär Ansg die Kräfte der Schwerindustrie gehören, die Carnegie, Schwab, Frick, Westinghouse, Corey usw. Die Aufnahmegebühr ist „mäßig“: 150 Dollar — der einmalige (lebenslängliche) Beitrag dazu: tausend Dollar, und niemals wird mehr als 700 Pouten erlaubt, dem Klub anzugehören, so daß nur bei Wafangen infolge von Todesfällen oder mehr oder weniger freiwilliger Resignation für den aufstrebenden Millionär eine Chance entsteht, sich die Klubmitgliedschaft und damit die familiäre Ebenbürtigkeit in der Plutokratierepublik zu erkaufen.

5. Verbandstag der Tapezierer.

Abta, 23. Juli.

2. Verhandlungstag.

In der weiteren Debatte zum Redaktionsbericht begründeten Delegierte die von ihnen Zahlreichen gestellten Anträge. Ein Antrag Mainz wünscht, das Verbandsorgan solle mehr fachtechnische Artikel bringen. Der Redakteur sagte dies zu. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt.

Auf Vorschlag der Beschwerdekommision wird beschlossen, daß drei Kollegen in Wiesbaden, die wegen Nichtbezahlung der Extrabeiträge ausgeschlossen wurden, wieder in ihre alten Rechte eintreten könnten, wenn sie bis zum 1. September d. J. ihren Verpflichtungen voll nachkommen. Der Ausschluß des Kollegen Reundlinger in Nürnberg wurde zurückgenommen und eine scharfe Rüge ausgesprochen.

Den Bericht vom Gewerkschaftsbund gab Sozial-Dresden, der besonders auf die Errichtung der gewerkschaftlichen-genossenschaftlichen Volksversicherung hinwies.

In der Debatte verbreitete sich der Vertreter der Generalkommision, Rob. Schmidt, Berlin, ausführlich über das Wesen und die Einrichtung der „Volksfürsorge“, die wahrscheinlich bis zum 1. Januar 1913 ins Leben tritt. Nach weiteren zustimmenden Ausführungen gab Vorsitzender Spliedt die Erklärung ab, daß der Verband die Gründung begrüßt und die Funktionäre verpflichtet, für die Volksversicherung in den Mitgliederkreisen Propaganda zu machen.

Dann wurde die gegenseitige Unterstützung bei Streiks erörtert. An Stelle der Sammelkassen soll bekanntlich nach dem Vorschlag der Vorstandsberatung das Umlageverfahren treten. Vorsitzender Spliedt bittet, die Delegierten zum nächsten Gewerkschaftsbundkongreß zu beauftragen, hierfür einzutreten. Die Hauptkasse dürfte natürlich keine größere Bekantheit treffen. Nach einer längeren Debatte über die Erhebung dieser besonderen Lasten erklärte sich der Verbandstag einstimmig für das Umlageverfahren. Weiter wurde beschlossen, daß Trägerin dieser Ausgaben nicht die Hauptkasse, sondern die Lokalkassen sind. Den einzelnen Filialen soll überlassen werden, in welcher Weise sie die Mittel aufbringen. Der Hauptvorstand ist berechtigt, hierfür Extrabeiträge auszusprechen. — Die Delegierten zum Gewerkschaftsbundkongreß werden künftig auf dem Verbandstag gewählt.

Ueber Lohnkämpfe und Tarifverträge referierte Verbandsvorsitzender Spliedt, Berlin, der eingehend die geübten Lohnbewegungen besprach, die abgeschlossenen Tarife würdigte und Richtlinien für die Einleitung und Durchführung von Bewegungen gab. Besonders ausführlich behandelte der Redner die Tarifbewegung. Den Abschluß eines Zentraltarifes hält er zurzeit für nicht wünschenswert. Doch werde man auf die Dauer dem Zentraltarif nicht entgehen. Gegenwärtig würden aber die Unternehmerorganisationen keine Gewähr für die Durchführung eines Zentraltarifes bieten. Der Ablauf der Tarife ist verschieden. Im Jahre 1913 laufen von den abgeschlossenen Tarifen 38 ab, die 3324 Kollegen umfassen; 1914 sind es 33 Tarife für 2130 Kollegen; 1915 30 für 5644 und 1916 2 Tarife für 1520 Beteiligte. Kurzfristige Tarife hält Redner nicht für günstig, meist seien dreijährige Tarife abgeschlossen. Bei dem Abschluß von Tarifen müsse man darauf drängen, Schiedsinstanzen einzusetzen. — Durch die Lohn- und Tarifbewegung wurde eine wesentliche Arbeitszeitverkürzung erzielt. In 36 Tarifen für 8690 Beschäftigte ist eine Arbeitszeit unter 54 Stunden vereinbart, in 43 Tarifen für 3157 Kollegen eine Arbeitszeit von 54 Stunden und in 31 Tarifen für 732 Beschäftigte ist eine Arbeitszeit unter 57 Stunden festgesetzt. — Der freie Sonntagabendmittags, meinte Spliedt, könne überall, wo die Arbeitszeit 54 Stunden beträgt, durchgesetzt werden; Dann ging der Redner auf die Akkordarbeit ein, die immer größeren Umfang annehme. Heute könne man die Akkordarbeit grundsätzlich nicht mehr bekämpfen. Der Stundenlohn müßte aber garantiert und Akkordmindestsätze festgesetzt werden.

An das Referat schloß sich eine ausgedehnte Debatte, in der die Redner teilweise auf örtliche Bewegungen eingingen. Ausführlich wurde die Akkordarbeit besprochen. Hier herrschen verschiedene Ansichten bezüglich der Festsetzung von Akkordmindestsätzen und einer Höchstverdienstgrenze. Grünwaldt, Hamburg verlangte an Stelle von Akkordmindestsätzen die Garantie eines erhöhten Stundenlohnes. Gegen eine Höchstverdienstgrenze wandten sich besonders die Berliner Delegierten. Diese traten auch für Anträge ein, daß Filialen von 300 Mitgliedern das Recht haben, ohne Genehmigung des Vorstandes in eine Lohnbewegung einzutreten. Von mehreren Rednern wurde der Festsetzung von Schiedsinstanzen das Wort gegeben.

Durch Schlußantrag wurde die Debatte beendet. Annahme fand eine Resolution, in der ausgesprochen wird, daß bei künftigen Tarifabschlüssen versucht werden soll, eine Mindestgrenze der Akkordpreise durchzuführen, wobei mindestens der übliche Lohn garantiert werden muß. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt.

fämliche Multimillionäre New Yorks und Chicago. Es steht nicht gerade in den Statuten, daß nur „Nullis“ als Mitglieder akzeptiert werden, da aber zur Aufnahme die Erwerbung eines bestimmten Besitzanteils an dem Klubeigentum erforderlich ist, ist Nichtmillionären der Beitritt eingemauert. Zum Schluß sei noch des „Richmond Country Club“ gedacht, der auf Staten Island, der zum Stadtgebiet New Yorks gehörenden waldigen Insel, sein Heim aufgeschlagen hat. Der New Yorker Prolet, der in diesen Wochen die Insel durchstreift, kann sich plötzlich auf den dickeren tausend Meilen weit entfernten Landstrich irgendeines englischen Lords verfiert fühlen, wenn da auf einmal ein Hund bellender Hunde an ihm vorbeijagt, hinter denen in ihren anliegenden knallroten Fräden die Herren und in langen Reifeln die Damen dahergehritten kommen — eine Fuchsjagd der New Yorker Plutokratie, die in jenen unheimlichen, in Schwärze befindlichen Wolkenträgern nach Gold jagt!

Das lästige Denkmal. Stefan Sinding, der große nordische Bildhauer, ist auch der Schöpfer eines Björnson- und eines Ibsen-Denkmal, die beide vor dem Nationaltheater in Christiania stehen. Inzwischen hat sich das Publikum mit diesen Werken des Meisters niemals befreunden können, und es war schon mehrfach vorgeschlagen worden, die Skulpturen zu entfernen. Jetzt bietet sich endlich für die sonderbaren Kunstfreunde in Christiania die Gelegenheit, die „Steine des Anstoßes“ los zu werden. Carl Jacobsen, ein bekannter dänischer Brauereibesitzer, Millitär und Wägen, hat sich nämlich bereit erklärt, die beiden Denkmäler selbst zu übernehmen. Und es scheint, daß die Stadt Christiania ihm tatsächlich jene Werke Sinding's verlaufen oder gar schenken wird. Dabei spricht noch eine besondere Antipathie gegen den Bildhauer, die daher führt, daß er sich mit der in Norwegen geradezu allmächtigen Familie Björnson verfeindet hat. So hat denn tatsächlich Björn Björnson, der Sohn des Dichters, kürzlich einen Artikel im „Morgenbladet“ veröffentlicht, in dem er empfiehlt, Jacobsen die Denkmäler zu überlassen. Bei dieser Gelegenheit erinnert er daran, daß sein Vater, als er sich einmal eine abfällige Kritik gegen Sinding erlaubte, von diesem eine recht grobe Antwort erhalten hat. „Seine Erwiderung an meinen Vater“, schreibt Björn, „war ein Drohbrief, der auf einer Höhe stand mit den vielen anonymen Briefen, die mein Vater alljährlich zu erhalten pflegte. Das Schreiben schloß mit den Worten: „Kimm Dich in acht, Björn! Ich werde Björnson, daß die Rechtskraft, die Du bereinst wirst ablegen müssen, Dir nicht zu groß wird!“

Wie man Sprachenkonflikte löst. Der „Frankf. Zig.“ wird aus Ungarn folgendes Geschichtchen berichtet: Die kroatische Stadt Esfel

Aus der Frauenbewegung.

Die persischen Frauen in der Politik.

Der frühere Generalschatzmeister, der Amerikaner B. Morgan Schuster, der in den persischen Wirren des vergangenen Jahres eine hervorragende Rolle gespielt hat, veröffentlicht demnächst unter dem Titel „Die Erdrosselung Persiens“ ein Werk, aus dem im „Century Magazine“ bereits ein Kapitel veröffentlicht wird, das die politische Rolle der persischen Frau behandelt. Während der letzten fünf Jahre, so schreibt er, sind die Frauen Persiens ganz plötzlich die fortgeschrittensten, ja die radikalsten in der Welt geworden. Ohne den gewaltigen moralischen Einfluß der Perserin wäre die glänzend geleitete revolutionäre Bewegung in Persien, die längst von Rußland und England unterdrückt wurde, kaum mehr geworden als ein rasch verklingender Protest. Die Frauen waren es, die aus ihrem klösterlich beschränkten Leben heraus mit der patriotischen Hilfe islamitischer Priester die nationale Bewegung der persischen Völkes zur Erlangung einer Konstitution und zum Durchbruch westlicher Einflüsse in Fluß brachten und aufrechterhielten. Während der fünf Jahre, die der erfolgreichen, aber unstilligen Erhebung der Perser im Jahre 1906 gegen die unerträglichen Bedrückungen und Grausamkeiten ihres Schahs folgten, ist ein sieberhaftes und stolzes Leuchten der Vaterlandsliebe in den verdunkelten Augen der persischen Frauenwelt erblommen. In ihrem Durste nach Freiheit haben sie viele der heiligsten Brände ausgegeben, die von Beginn der Geschichte an ihr Geschlecht niedergehalten haben.

Schuster erzählt dann, wie gleichsam über Nacht die verdunkelten Frauen des nahen Ostens aus ihrer langen Unmündigkeit erwachten, ihre Rolle im politischen Leben aufnahmen, Leberimmen, Journalistinnen, Gründerrinnen von Frauenklubs, Volksrednerinnen wurden. Von besonderer Bedeutung sind die zahlreichen Geheimbünde unter den persischen Frauen, die von einer Zentralleitung trefflich organisiert sind. Schuster sagt wörtlich: „Bis zum heutigen Tage kenne ich weder die Namen noch die Gesichter der Führerinnen dieser weit reichenden Bewegung, aber in Hundert verschiedenen Fällen beobachtete ich, daß ich in meinen Bestrebungen von dem patriotischen Eifer Tausender von Frauen hilfreich unterstützt wurde.“ Einmal Tages wurde ihm gemeldet, einer der Beamten des persischen Finanzdepartements wünsche ihn zu sprechen. Ein unbekannter junger Mann trat ein und warnte ihn vor dem Besuch des Hauses eines persischen Großen, der sein Feind sei. Auf die Frage, woher er das wisse, erklärte der Fremde, seine Mutter sei eine Freundin der Sache Schusters und sie habe ihm den Auftrag erteilt, das im Geheimbunde Beschlossene ihm zu hinterbringen. Bei allen Protestbewegungen gingen die eigentlichen bewegenden Kräfte von den Frauen aus. Es bewahrte sich da ein alter persischer Spruch, nach dem die Situation ernst wird, wenn die Frauen an einem Kaufstrich teilnehmen. Einen überzeugenden Beweis für den Mut und die Pflichttreue der Perserin erhielt Schuster bei einer anderen Gelegenheit: Nach dem Tode des Stunders des Schahs, des Prinzen Saigues-Saltaneh, erhob die russische Bank in Teheran eine Forderung von einer Million Mark, die sie angeblich dem Prinzen geborgt hatte. Es war schwer, diese Forderung ohne genügende Beweise anzufechten, da hinter der Bank die russische Regierung stand. Man meldete sich aber bei Schuster eine Perserin, eine der Frauen des Prinzen, die ein von ihm unterzeichnetes Testament mit Angabe aller seiner Besitztümer besch. Aus patriotischem Pflichtgefühl stellte sie dieses Dokument zur Verfügung und nun konnte die Bankforderung mit Erfolg bestritten werden. Als die russische Regierung am 29. November 1911, ihr Ultimatum stellte, lehnte die Nationalversammlung die Annahme der schmerzlichen Bedingungen ab. Aber bald wurde es klar, daß die Nationalversammlung nicht standhaft bleiben würde. Da griffen Frauen von Teheran aus. Aus ihren Häusern und Bekammatierten Höfen zogen 300 aus den besten persischen Kreisen nach dem Parlamentsgebäude, in weiten schwarzen Kleidern, die Gesichter dicht verkleidet. Viele von ihnen verbargen Kleider unter den Kleidern. Sie drangen bis zum Präsidenten vor, erhoben drohend die Pistolen und erklärten, sie würden ihre eigenen Männer und Söhne und dann sich selbst erschießen, wenn die Abgeordneten in ihrem Entschluß wankend würden. Kurz darauf machte der Staatsstreich dem Parlament ein Ende, aber die persischen Frauen hatten ihren Patriotismus in einem leuchtenden Beispiel bewiesen.

Soziales.

Arbeiterurlaub in Deutschland.

Die Tausende von Besthenden samt einem großen Teil des höheren und niederen Mittelstandes haben in diesen Wochen die Porten der Städte verlassen und sich über Land und Strand ergoffen. Viele Angehörige der genannten Schichten setzen sich freilich genötigt, vorderhand daheim zu bleiben, aber auch ihnen winkt

liegt an der Drau und besteht aus der Oberstadt und der Unterstadt. Die Bürger der Unterstadt verlangen seit Jahren eine neue Bahnhaltestelle am Drauser, damit sie nicht von der Oberstadt längs der Drau in die Unterstadt zurückfahren müssen, was einen großen Umweg bedeutet. Die Betriebsleitung fand den Wunsch der Unterstädter berechtigt und beschloß, bei der Draubrücke eine Haltestelle mit dem ungarischen Namen „Drababid“ zu errichten. Darüber große Aufregung unter den Kroaten, welche forderten, die neue Station müße auf gut kroatisch „Drabak most“ heißen. Schließlich entschloß sich die weise Betriebsleitung, die Errichtung der Haltestelle überhaupt zu unterlassen, dagegen fährt nunmehr der Zug nach dem Postort der Draubrücke so langsam, daß jene Reisenden, deren Ziel Eszet-Unterstadt ist, reichlich Gelegenheit zum Abhupfen vom Zug haben, was auch allgemein praktiziert wird. Die wahrhaft salomonische Entscheidung der diplomatischen Eisenbahnleitung aber verdient, unter die Regierungsmaximen des vielgliedrigen Donaufstaates aufgenommen zu werden.

Notizen.

Keine Stiergefächte in Nordfrankreich. Ein findiger Unternehmer war auf den Gedanken gekommen, in Saint Malo, in der Gegend von Rennes, Stiergefächte abzuhalten. Er hatte die nötige Erlaubnis der Stadtverwaltung erhalten, und in Saint Malo haute man bereits eifrig an einer stattlichen Arena. Aber man hatte die Rechnung ohne die Regierung gemacht; der Bürgermeister erhielt kürzlich eine Verordnung aus dem Ministerium des Innern, in der die gesamten Stiergefächte verboten wurden und zwar mit der Begründung, daß diese Schauspiele wohl im Süden geduldet würden, sich aber in den übrigen Teilen Frankreichs nicht akklimatisieren könnten!

Fallende Geburtenziffern in England. Die soeben erschienene amtliche englische Statistik über die Verdünnungsbewegung im Jahre 1910 erregt in Großbritannien besonderes Aufsehen, weil sie seit längerer Zeit zum ersten Male einen bemerkenswerten Rückgang der Geburtenziffern zeigt. Während 1909 noch die Geburtenziffer 23,8 v. T. erreichte, ist sie 1910 auf 23,1 gesunken und steht damit um 2,5 v. T. tiefer als die Durchschnittszahl für die Jahre 1900—1909, die bereits ohnehin eine erhebliche Verminderung zeigten. Zieht man die Todesziffern von den Geburtenziffern ab, so ergibt sich ein Geburtenüberschuß von rund 11,56 v. T.; noch in der Zeit von 1876—1880 betrug der entsprechende Ueberschuß 14,66. — Der Rückgang der Geburtenziffer, der ja außer in Frankreich auch in Deutschland antritt, scheint auf einer gewissen Stufe der kapitalistischen Entwicklung regelmäßig einzutreten.

In Kürze der erste Urlaub. Wer hatte da in diesen Wochen Zeit, all derer zu denken, die, weit stärker an Zahl, wider Willen zurückbleiben mußten, die ihren angestrengten Muskeln keine Ausspannung, ihren Nerven keine Erholung gönnen dürfen! Der weitaus größte Teil der handarbeitenden Bevölkerung ist, was seine Erholung betrifft, übel dran. Noch immer sträubt sich die erdrückende Mehrheit der deutschen Unternehmer, Arbeiterferien für die Lohnarbeiter einzuführen. Weil der Wille zur Erfüllung dieses dringenden Verlangens der Arbeiterschaft noch oft fehlt, schließt man vielfach technische Unmöglichkeit vor. Es hat sich aber herausgestellt, daß berechnete Urlaubsgewährung bereits in den meisten Industriezweigen zu verzeichnen ist, so daß der Einwand, die Eigenart einer Industrie gestatte keine Ferienverteilung, fast in allen Fällen als haltlos erwiesen wird. Wie weit wir in Deutschland noch von der allgemeinen Einführung des Arbeiterurlaubs entfernt sind, erweist von neuem der Bericht, den Dr. Heyde über die genannte Frage an die Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz erstattet hat. Es stellt sich heraus, daß selbst in einer großen Anzahl von Industrien, die gesundheitsgefährliche Arbeitsbedingungen haben oder die Arbeitskraft sehr stark abnutzen, die Urlaubsgewährung an Arbeiter überaus langsame Fortschritte macht. So ist die Zahl der Arbeiter, die in der Montanindustrie in den Genuss von Ferien kommt, überraschend gering. Die tägliche Belegschaft der deutschen Bergwerke betrug im Jahre 1910 durchschnittlich 810 882 Mann. Von diesen erhielt im nämlichen Jahre günstigstensfalls 1 Proz. Urlaub. Ein rechtlicher Anspruch auf Urlaubsgewährung besteht in der ganzen Montanindustrie fast nirgends. Nach der letzten Zählung des Deutschen Metallarbeiterverbandes waren in 62 Betrieben der Metallindustrie mit 56 415 Arbeitern Arbeiterferien eingeführt. In den genannten Werken kam diese Einrichtung 11 545 Personen zufließen. Da im gleichen Jahr in der Metallindustrie 607 048 Erwerbstätige gezählt wurden, so geht auch hier der Prozentsatz derer, die im Laufe des Jahres eine Erholungsperiode haben, nur wenig über 1 Proz. hinaus. Am 20. Dezember des vergangenen Jahres veranstaltete die Gewerkschaft der Porzellanarbeiter eine Erhebung über Arbeiterferien in 322 Porzellanfabriken mit 56 908 Arbeitern. Die angenommene Statistik zeitigte das Ergebnis, daß in 19 Betrieben mit 5650 Arbeitern bezahlter Erholungsurlaub eingeführt war. Die Gesundheitsgefährden in der chemischen Industrie haben den Arbeiterurlaub im genannten Gewerbe schon weiter gefördert. Vor allem wird in vielen Betrieben den Gasarbeitern eine Erholungsperiode gegeben, denen freilich zustatten kommt, daß die Gaswerke sich meist in städtischer Regie befinden. Im Jahre 1910 war in 35 Betrieben der Textilindustrie mit 10 300 Arbeitern Sommerurlaub unter Fortzahlung des Lohnes eingeführt. Allerdings versuchen gerade hier die Arbeitgeber, die Urlaubsgewährung wie ihre anderen Wohlfahrtsmaßnahmen zur Fesselung der Arbeiter an den Betrieb zu benutzen, indem sie eine viel zu lange Karenzzeit, oft bis zu 25 Jahren, einführen. Am weitesten fortgeschritten ist die Gewährung von Erholungsurlaub im Bäckereiwesen, Brauereiwesen und im polygraphischen Gewerbe. Im letzten Jahre wurden etwa ein Drittel sämtlicher Buchdrucker, 21 315 von insgesamt 61 061, der Arbeitserien teilhaftig, zweifellos auch ein Erfolg der glänzenden Buchdruckerorganisation. Selbstverständlich besteht im Tabakgewerbe nach fast nirgends die Institution der Arbeiterferien, obwohl die schädliche Wirkung des Tabakrauchs hier mehr wie anderswo eine Ausspannung erfordert. Für die kommende Entwicklung muß vor allem darauf hingewirkt werden, die Urlaubsbemühungen als Wohlfahrtsmaßnahme zu einem gesetzlich begründeten Anspruch auf Urlaub auszugestalten, wie es die sozialdemokratische Fraktion wiederholt verlangt hat. Das Kapital, bei dem seinem inneren Wesen nach jeglicher Appell an ein moralisches Pflichtgefühl wirkungslos bleibt, wird sich zur allgemeinen Einführung des Arbeiterurlaubs zweifellos erst bequemen, wenn ihm nachgewiesen wird, daß die durch die Erholung gestärkte Arbeitskraft eine höhere Rente abwirft.

Kein Betriebsunfall?

Der Kaiser J. war am 21. Februar 1911 auf einem Neubau in der Kaiserin-Augusta-Allee mit dem Anstreichen eines Paneels beschäftigt. Hierzu benutzte er einen neuen Pinsel. Nachmittags verspürte J. Schmerzen im rechten Zeigefinger, es bildete sich eine Blase. Am anderen Tage war der Finger stark geschwollen. J. mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Nach Beendigung des Seilverfahrens erhob J., da der Unfall Folgen hinterlassen, Anspruch auf Entschädigung bei der Norddeutschen Bauergewerkschaftsgenossenschaft, Sektion I. Dieser Anspruch wurde abgelehnt, weil die Erkrankung des rechten Zeigefingers nicht auf ein plötzlich eintretendes Ereignis zurückzuführen, weshalb das Vorliegen eines Betriebsunfalles nicht anerkannt werden kann.

Vom Verlesenen wurde Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, Reg.-Bez. Potsdam, eingelegt und geltend gemacht, daß es sich bei dem in Betracht kommenden Vorfall wohl um ein plötzlich zeitlich begrenztes Ereignis gehandelt habe. Nachmittags sei die Blase durch Druck mit dem neuen Pinsel entstanden, es sei sehr wahrscheinlich, daß nimmehr Farbstoffe in die aufgenommene Blase eingedrungen und so Blutvergiftung hervorgerufen habe.

Diese Entzündung des Leibes liegt aber immer noch in den Grenzen, die vom R.V.A. in ständiger Rechtsprechung als ein plötzlich eintretendes Ereignis angesprochen wird, als Betriebsunfall anerkannt worden ist. Das Schiedsgericht folgte diesen Darlegungen und verurteilte die Berufsgenossenschaft.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts legte die Berufsgenossenschaft beim Reichsversicherungsamt Rekurs ein. Das R.V.A. erhob Beweis durch Vernehmung des Arztes Dr. Schl., der bei J. einen operativen Eingriff vorgenommen hatte, sowie durch Vernehmung des Mitarbeiters des J. Der Arzt erklärte, daß nach seiner Erinnerung Farbstoff in dem Eiter nicht enthalten gewesen sei.

Dr. Schl. gab des Weiteren an, daß J. sofort, als er bei ihm in Behandlung trat, den Sachverhalt übereinstimmend mit seinen späteren Angaben machte, das heißt, daß J. die Entzündung des Leibes auf das Scheuern mit dem neuen Pinsel zurückführte. Die Angaben des J. hielt Dr. Schl. für glaubwürdig, da erfahrungsgemäß aus ähnlichen Fällen keinen Verletzungen öfters schwere Eiterungen entstehen.

Der Mitarbeiter des J. erklärte, daß ihm derselbe eines Tages in den Vormittagstunden den angeschwollenen Finger zeigte, daß J. aber hierbei keine Ursache für die Schwellung angegeben hatte.

Das Reichsversicherungsamt gab dem Rekurs der Genossenschaft statt.

Entscheidend für das Urteil war das Zeugnis des Mitarbeiters, demgegenüber J. keinen Grund für die Entzündung des Leibes angegeben hatte, oder wie das Reichsversicherungsamt sagt: „Der Kläger hat sich also schon damals Gedanken über die Ursache der Geschwulst gemacht, sein Leiden jedoch nicht auf einen Betriebsunfall zurückgeführt. Da sich auch beim Öffnen der Eiterherde Farbstoffe in der Wunde nicht vorgefunden haben, handelt es sich bei der Angabe des J. über die Entzündung seines Leibes nur um Vermutungen. Der Beweis für das Vorliegen eines Betriebsunfalles wurde daher als nicht erbracht angesehen.“

Für die Versicherten ergibt sich aus vorstehendem Urteil die dringende, von uns so oft ausgesprochene Rahnung: achtet auf die kleinsten Verletzungen, meldet dieselben sofort. Hätte J. seinem Mitarbeiter bestimmte Angaben über den Vorfall gemacht, so wäre das Reichsversicherungsamt zu einer anderen Entscheidung gelangt.

Gerichts-Zeitung.

Solche Urteile reden Bände.

Die Strafkammer des Landgerichts Duisburg hatte dieser Tage wieder mal über eine „Streifbeleidigung“ aus dem verflochtenen Bergarbeiterstreik zu befinden. Das Gericht kam dabei zu einem Urteil, das auf das schärfste zur Kritik aufruft. Die junge Frau eines Bergarbeiters Kröger aus Margloh war angeklagt, den „Arbeitswilligen“ Willen „bedroht“ und „beleidigt“ zu haben, indem sie nach Behauptung der Ehefrau des Willen zu dieser gesagt haben sollte: „Ne und ihr Mann würden noch im Blut schwimmen, der Kopf würde ihnen umgebracht, ihr Mann bekäme nach dem Streik seine Prügel.“ Auch habe Frau Kröger sie „angefascht“ und mit den Fingernägeln gekratzt, „Gungelbeiter“ und „Streifbrocher“ gerufen und mit „Toschlagen“ gedroht. Demgemäß lautete die Anklage auf versuchte Nötigung, Bedrohung, Beleidigung und vorsätzliche Körperverletzung. Etwas viel für eine bisher noch völlig unbescholtene junge Frau. Klingt die Bekundung der Belastungszeugin an sich schon recht unwahrscheinlich, so wurde das Unglaubwürdige dieser Aussage noch durch folgende Momente erhöht. Die Zeugin stand an dem fraglichen Tage in unmittelbarer Nähe anderer Zeugen auf dem Hofe zu ihrer Wohnung und war so erregt, daß sie wiederholt von ihrem eigenen Manne vergeblich gebeten wurde, doch in die Wohnung zu kommen. Erst als eine andere Zeugin sie an den Arm nahm und zur Haustür hineinschob, ging sie zu ihrem Manne in die Wohnung. Bei dieser Gelegenheit will die Zeugin Willen von der Angeklagten Kröger „angefascht“ und „gekratzt“ sein. Ihr eigener Mann, der wiederholt gefragt wurde, was er denn von der Sache wisse, bekannte wahrheitsgemäß, daß er von dem angeblichen Geschehisse der Angeklagten Kröger „nichts gehört“ habe, er sei auch, als er seine Frau nicht mitkriegen konnte, allein ins Haus gegangen. Also der „Arbeitswillige“ Willen selbst versagte. Und fünf unparteiliche Zeugen bekundeten positiv, daß die Angeklagte sich nicht in der Weise verhalten habe. Die Zeugen beschränkten ihre Aussagen nicht etwa darauf, „nichts gehört“ oder „nichts gesehen“ zu haben, sondern behaupteten unter Eid, daß sie in unmittelbarer Nähe der Angeklagten gestanden und beobachtet hätten, daß die Angeklagte sich durchaus ruhig verhalten habe. Trotz der übereinstimmenden eidlichen Aussagen der fünf Zeugen blieb die Frau des „Arbeitswilligen“ Willen bei ihrer Aussage und bestritt sogar die Anwesenheit dieser Zeugen!

Der Staatsanwalt, der der einzigen, nervös-aufgeregten Belastungszeugin mehr glaubte, als den fünf unparteilichen Zeugen, beantragte drei Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte auf einen Monat Gefängnis. Jeder Hinweis der Angeklagten auf ihr Verhältnis zu der Belastungszeugin, der sie oft mit Geld ausheckelten und sonst zur Seite gestanden habe, mit der sie aber auseinandergekommen sei und die nur aus Rache handeln könne, war vergeblich. Auch der Hinweis des Verteidigers auf die Massenzugnisse der Zeugin Willen in einer Reihe anderer Streikprozesse blieb unbeachtet.

Für einen Psychologen wäre eine Beurteilung der Angeklagten ausgeschlossen gewesen. Die Beurteilung und die ungemein hohe

Strafe sind psychologisch erklärlich, wenn man von der Annahme ausgeht, die Richter seien von den Klasseninteressen derer, um derenwillen die Fälle der Streikprozesse angestrengt ist, so beherzigt, daß sie zu richten wähen, wo sie rächen.

Ein gefährlicher Kinderfreund,

der schon vielfach wegen ähnlicher Schandthaten vorbestraft ist, wurde gestern in der Person des 37jährigen Bäckers Max Wiese der 3. Ferienstrafkammer des Landgerichts III vorgeführt.

Der Angeklagte ist wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen an Schulmädchen, schon wiederholt, darunter einmal mit 4 Jahren Gefängnis vorbestraft. Da sich Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit ergaben, wurde er auch in dem jetzt zur Anklage stehenden Falle auf seinen Geisteszustand untersucht. Diese Untersuchung ergab jedoch, daß von einer Geisteskrankheit im Sinne des § 51 des St.G.B. nicht die Rede sein könne, dagegen wurde W. stets als geistig minderwertiger Mensch bezeichnet, bei dem gewisse Hemmungsercheinungen, wie sie bei einem normalen Menschen vorhanden sind, fehlen.

Bald nach Verbüßung seiner letzten Strafe wurde Wiese in der Kamenumer Strafe beobachtet, wie er sich an Schulfinder heranbrängte, ihnen Geldgeschenke verprügelte und schließlich mit einem 6jährigen Mädchen im Hausflur verführte. Er wurde jedoch noch rechtzeitig, ehe dem Kinde ein Leid zugefügt war, von dem hinzukommenden Kriminalschutzmann Kolberg festgenommen. — Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf die Gutachten der Sachverständigen nicht auf Zuchthausstrafe, sondern nur auf 1 Jahr Gefängnis.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis auf weiteres von 7 bis 9^{1/2} Uhr abends — Sonnabends von 4^{1/2}—6 Uhr — Lindenstr. 69, IV. Etage (Jahrszahl) statt.

N. G. 61. Der Verlauf kann innerhalb eines Jahres angefochten werden. — **B. G. 88.** Rein. — **N. G. 8.** Das mündliche Abkommen genügt. — **B. G. 111.** 1. Wenden Sie sich an das Gericht, in dessen Bezirk Ihre Mutter geboren ist. 2. Wenn die Versicherung auf Ihren Namen geht, bekommen Sie doch ohne weiteres nur das Geld. Eventuell schreiben Sie doch nochmal an die Versicherung. — **B. G. 100.** Sie empfehlen keine Patentanwälte. Dr. Frank ist Rechtsanwalt, nicht Patentanwalt. — **R. D. Rein.** — **N. G. 200.** Sie können nicht machen, weil Sie die Fehler zu spät gerügt haben. — **B. W. 145.** Ist nicht verjähr. Sie müssen zahlen, allerdings nur soviel, wie sie schuldig sind. — **B. G. Wittenau.** 1. Rein. 2. Ja. 3. Ja, beim Landgericht III. —

In jedem Hause

sollte in den heißen Sommermonaten und in der Zeit des Obstgenusses der in 25 Jahren ärztlich erprobte und anerkannte

Dr. Michaelis' Eichel-Kakao mit Zucker u. präpariertem Mehl

vorrätig sein. Als tägliches Getränk an Stelle von Kaffee und Tee macht er widerstandsfähig gegen Darmstörungen. Bei Brechdurchfall und Diarrhöe wirkt er lindernd und bessernd. In Apotheken und Drogerien.

Hergestellt in d. Fabrik v. Gebrüder Stollwerck A.-G. — Man weise Nachahmungen zurück! — Nahrhaft! — Bekömmlich!

Für Erwachsene ist Kufeke in Milch, Kakao, Suppen oder Gemüsen die bestgeeignete, leicht verdauliche u. nahrhafte Krankenkost.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden. Mastergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie. Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. BERLIN, Leipziger Straße 92. Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

MANOLI Hartdachs

Damen-Stiefel
schwarz im Chevreau mit Lackkappe, moderne Fassons jetzt nur 4.95
schwarz Chevreau mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons jetzt nur 5.95
eleg. Lackstiefel mit Wildleder-Einsätzen, schwarz u. grau, jetzt nur 6.75

Halbschuhe
Damen, schwarz Chevreau mit Lackkappe, jetzt nur 4.25
braun Chevreau Derby-Lackkappe, jetzt nur 4.75
schwarz Derby, große Oesen, Lackk., jetzt nur 4.95
braun Chevreau I. Derby mit Lackkappe, jetzt nur 5.75
Lack-Halbschuhe amerikanische Fassons . . . 5.95



Levinsohn's
Sensationell billiger
Schuhwaren-Saison-Ausverkauf
Rosenthaler Str. 40-41
Prompter Versand nach außerhalb
Hackescher Markt = Bahnhof Börse
Sandalen u. Farnschuhe spottbillig



Herrn-Stiefel
schwarz Bindbox-Schnurstriefel, breite Fassons, kräftiger Strapsstiefel, auch Zug und Schnalle jetzt nur 5.95
schwarz Chevreau-Schnurstriefel mit Lackk., schlanke und breite Fassons, jetzt nur 6.95
schwarz Lackstiefel mit Wildleder-Einsätzen, orig. amerikan. Fassons jetzt nur 8.95

Kinder-Stiefel
schwarz, mit und ohne Lackkappe kräftige Strapsstiefel
20-24 25-26 27-30 31-35
1.55 2.95 3.25 3.75
braun, mit Lackk., Normalfassons
21-24 25-26 27-30 31-35
2.95 3.45 3.75 4.25

Unserem Freunde und Genossen
Alexander Fröhlich
 zu seinem heutigen Begegnungspunkte die herzlichsten Glückwünsche!
 Mehrere Genossen des 3. Wahlkreises.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Petersburger Viertel, Bez. 340 II.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Jahrgangsführer
Gustav Jahr
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juli, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichsfelder Gemeinde-Friedhofes in Marzahn aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.
 219/7

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Görlitzer Viertel, Bezirk 200 II.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Zuleger
Otto Böder
 Reichensberger Str. 130 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
 Am 22. d. M., verstarb unser Genosse, der Kassierer
Ernst Burgdorff
 Schliemannstr. 8.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 25. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, auf dem Georgen-Kirchhof, Landsberger Allee, statt.
 Um rege Beteiligung wird ersucht.

Nachruf.
 Am 18. d. M. verstarb unser Genosse
Ferdinand Langer
 Jagowstr. 18 (Bogit 686).
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung fand am Montag, den 22. Juli, auf dem Heilands-Kirchhof in Pfläzensee statt.
 231/1
 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Eintastierer
Ernst Burgdorff
 am Montag, den 22. d. M., im Alter von 32 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.
 Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Jahrgangsführer
Gustav Jahr
 am Montag, den 22. d. M., im Alter von 35 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichsfelder Kirchhofes in Marzahn aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 65/13 Die Bezirksverwaltung.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
 Ortsverwaltung Berlin.
 Am 21. d. M. verstarb ganz plötzlich unser Mitglied
Keremann Hennig
 im Alter von 28 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. d. M., nachmittags 5 Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt.
 28/3 Die Ortsverwaltung.

Am Montag entließ sich nach schwerem Krankenlager mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Schriftsetzer
Wilhelm Schnauk
 im 60. Lebensjahre.
 Um stille Teilnahme bitten
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.
 258/4

Am Montag, den 22. d. M., verschied nach schwerem Leiden unser lieber Mitarbeiter, der Schriftsetzer
Wilhelm Schnauk
 im 60. Lebensjahre. 258/7
 Ehre seinem Andenken!
 Das Personal der Buchdruckerei H. S. Hormann.
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomas-Kirchhofes, Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Typographia.
 Am 22. Juli entließ sich nach schwerem Leiden unser braves Mitglied, Kollege
Wilhelm Schnauk
 im 60. Lebensjahre.
 Seine langjährige Mitgliedschaft sowie sein reges Interesse für den Verein sichern ihm ein ehrendes Andenken.
 Die Mitglieder werden gebeten, unserem verstorbenen Kameraden das letzte Geleit zu geben.
 Beerdigung siehe nachstehend.
 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Konteur
Karl Schneider
 Neukölln, Behlischstr. 4
 am 23. d. Mts. an Herzleiden gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Nachruf!
 Ferner starb unser Mitglied, der Bläser
Fritz Beutner
 am 20. d. Mts. durch Ertrinken.
 Ehre seinem Andenken!
 121/12 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Köpenick.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse
Louis Lehnert
 infolge Schwerevergiftung plötzlich verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes aus statt.
 202/14 Der Vorstand.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschl.
 Verwaltungsstelle Groß-Berlin.
 Am 22. Juli verstarb unser Mitglied, Kollege
Paul Pflaum.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet
 146/2 Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.
 Filiale Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der pensionierte Kollege
Rudolf Melzner
 früher im Betriebe der Berliner Wasserwerke beschäftigt war, verstorben ist.
 Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Bestattung findet am Freitag, den 26. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Nimmelsburger Friedhofes, Wilhelmstraße, aus statt.
 35/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß die Kollegin
Emma Hellwig
 nach längerem Leiden verstorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 25. Juli, nachmittags 5 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof zu Reinickendorf-Weiß, Landoldstraße, statt.
 Nach kurzem Krankenlager verstarb die Kollegin
Edith Schmidt.
 Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.
 Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 25. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof zu Reinickendorf, Mariendorfer Weg, statt.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet
 24/20 Die Ortsverwaltung.

Tischler Otto Nickstedt,
 geb. 1890 zu Ragdeburg, wird ersucht, sich sofort zu melden (wegen Erbschaft). Antwort unter „Erbschaft“, Benennungen postlagernd. 206/15*

Freie Volksbühne

Zahlstellenveränderungen: Zahlstelle 7 ist aufgehoben. Zahlstelle erhalten ihre neuen Karten bei H. Brückner, Gartenstr. 71. — Neue Zahlstelle (Nr. 7) im Zigarrogengeschäft van der Beek, Müllerstr. 60. — Nr. 39, Tempelhof, jetzt im Zigarrogengeschäft bei Th. Richter, Borussenstr. 8. — 60. F. Schaefer, Restaurant, Nollendorferplatz 6. — 63. Kaufhaus Hahn, Alexanderplatz. — 64. W. Conrad, Neukölln, Hermannstraße 50.
 Das Propagandaheft kann in allen Zahlstellen für das neue Spieljahr abgeholt werden in beliebiger Anzahl.

Die Mitgliedskarten müssen zum Umtausch gegen die neuen Karten in der alten Zahlstelle abgegeben werden. Ein Anrecht auf die bisher innegehabte Abtheilung besteht nur, wenn die neuen Karten bis Anfang August umgetauscht und der erste Beitrag für das neue Spieljahr entrichtet worden ist. 243/4*
 Etwaige Umschreibungen in eine andere Zahlstelle müssen im Juni, Juli vorgenommen werden.
 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Erfinder verlangt vor der Patentanmeldung gratis die Schrift: „Wie muß eine Erfindung für die Vorwertung beschaffen sein?“ Ziv.-Ing. Jaeger, Dr. Breslau, Berlin SW. 61. 208/6*

Sterbekasse ehem. Pfugscher Arbeiter (Hebelsche Kasse).
 Sonntag, den 28. Juli 1912, vormittags 9 1/2 Uhr pünktlich:
General-Versammlung
 im Vereinshaus Berliner Musiker Kaiser-Wilhelm-Str. 18m (unterer Saal).
 Tagesordnung:
 1. Kassenbericht (Januar bis Juni 1912).
 2. Bericht der Revisoren.
 3. Festlegung der Publikationsorgane für das Jahr 1912/13.
 4. Kassenangelegenheiten.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Zahlreichen Besuch erwartet 242/5
 Der Vorstand.
 J. A.: G. Wegner, Vorsitzender.

Von der Reise zurück.
 Dr. Lachmann, Hals-, Nasen-, Ohrenarzt. Inhalator. Brunnenstr. 120/27.
Spezialarzt
 f. Haut- und Harnleiden, nerv. Schwäche, „Ehrlich 606“ usw. u. Co. Konz. Laborat. f. Blutuntersuchung, Fäden i. Horn usw. gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum. Spr. 10-2, 5-8, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin.
 Geschäftsstelle: C. 54, Rulandstr. 10. — Fernspr.: Amt Norden 4518.
 Sonntag, den 28. Juli 1912, nachmittags 2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:
General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 2. Quartal 1912.
 2. Wahl der Revisor zum Hauptvorstand und der Revisoren der Hauptkass.
 3. Verbandsangelegenheiten.
 Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert! Ohne diese kein Eintritt!
 Die Ortsverwaltung.

No. 61 La Maloja
 eine vorzügliche 63 Cigarre
 New eingeführt:
Fehlfarben-Sortimente
 in besonders preiswerten Mischungen
 Fortuna 10 St. 60 Pf.
 Hansa 10 St. 75 Pf.
 Excelsior 10 St. 1,00 M.
J. Neumann Cigarren-Fabriken
 Ueber 200 Niederlagen in Deutschland!

Warnung vor Nachahmung
 des echten gesetzl. gesch.
Kapitän-Kautabaks
 dringend geboten.
 Jedes einzelne Stück wird nur verpackt und mit Aufschrift: „Kapitän-Kautabak“ geliefert.
 Carl Böcker, Berlin, Gruner Weg 110.

Morgen, Freitag
 eröffne wieder meine
Gänse-Ausschlächterei
 Frau M. Schöning, Hauenstr. 22.

Den Vorwärts-Lesern gewähre Rabatt.

Wundervoll gestickte abgepaßte **Portièren** (Vebergardinen für Fenster und Türen) in Qualität H. pro Fenster:
 Filztuch . . . 3,35 bis 10,50
 Naturleinen . . . 3,85 bis 20,00
 Velvetplüsch . . . 8,85 bis 75,00
 Persisch (doppelseitig) 6,75 bis 36,00
 Kachelleinen . . . 6,75 bis 60,00
 Pa. reinw. Tuch 16,50 bis 150,00
 Nach auswärts per Nachnahme.
Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre
 Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158
 Unterhalte nirgends Filialen!
Spezial-Katalog
 650 Abbildungen gratis u. franko.

JUNO
 25 Pf
JOSETTI CIGARETTE
 LÜDKE

Theater.

Donnerstag, 25. Juli 1912.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. Die hiesige Berliner.
Anfang 8 Uhr.
Kranke. Nieder den Brenner nach
Venedig.
Königsgräber Straße. Die fünf
Frankfurter.
Kurzweiloper. Der Tanzantw.
Neues. Der liebe Augustin.
Berliner. Große Hoffen.
Schiller. Charlottenburg. Das
Konzept.
Thalia. Kollokoben.
Metropol. Schwindelmeier u. Co.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Dresdener
Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Besung. Vergnügungsreise.
Neues Schauspielhaus. Schloß
Schiller. 1. Klasse.
Lustspielhaus. Ein Königreich
m. d. D.
Neues Operetten. Varietety
Nr. 10.
Friedr. Wild. Schauspielhaus.
Die feuchte Entzweiung.
Rosa. Die Kameliendame.
Folies Caprice. Parfiana-
Ensemble.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Kleines. Der Unerschämte. Der
Karl seiner Ehre. Der Herr
mit der grünen Kravatte.
Königsgräber-Kasino. Spezialitäten.
Anfang 10 Uhr.
Admiralpalast. Eisbalett: Sonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Schiller-Theater
Charlottenburg.
Das Konzert.
Lustspiel in 3 Akten von Herrn. Sahr.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Das Konzert.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hofinen.
Theater in der Königsgräber Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.
POSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 122.
Die Kameliendame.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Auf der Gartenbahn:
Zu! Es ist erreicht! Dr. Reue.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Gau Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 28. Juli 1912:

21. Sänger-Fest

in Schloß Weißensee.

Gesamtkhore unter Leitung des Bundesdirigenten Herrn van den Dries. — Einzelkhore.

Konzert des Berliner Blas-Orchesters (Fr. v. Blon). — Feuerwerk.

Von 4 Uhr ab: TANZ gegen Nachzahlung von 50 Pf. — Die Kaffeekuchen sind von 12 bis 6 Uhr geöffnet.
Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf. — (Festheft mit Programm an der Kasse gratis.)

Anfang mittags 12 Uhr.
Billets sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben; ebenso bei den Vorstandsmitgliedern:
P. Kupfer, Landsberger Allee 58; Franz Schulz, Kopenhagener Str. 42; A. Selkrit, N o u k ö 1 1 n, Hobrechtstr. 8 I;
J. Steffens, Langenbeckstr. 5, Quergeb. I; O. Engel, N o u k ö 1 1 n, Donaust. 129, Gartenhaus III; Paul Schneider, Hufeland-
straße 33, Laden; G. Wutzky, Schloßmannstr. 2 III.
17/9

Der Vorstand.

Die Generalprobe zum Sängerfest findet am Freitag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Konzertsaal der Brauerei Friedrichshain statt. Gäste haben gegen Zahlung von 10 Pf. Zutritt, dürfen jedoch nur auf der Galerie Platz nehmen.

Neue Welt
Amerikanischer Vergnügungspark.
Heute Donnerstag:
Pracht-Elitetag mit gr. Gala-Feuerwerk.
Beschießung von Port Arthur, Zerstörung
des Schlachtschiffes Petro Pawlowitsch.
Pyrotechniker E. Nielandt. Eintritt 50 Pf.
Donnerstag, 1. August: Elitetag. Großes Militär-
konzert. Kavalleriemusik des 8. Chevallerie-Reg.
Dillingen a. d. Donau. Musikmeister Heinlein.

Apollo Theater
Letzte Tage!
bis 8 Uhr.
Sensationeller Lacherfolg!
Clown Alf. Daniels
mit seinen Hirtenspielen.
Ada Pagini
Kgl. Kammeroperistin,
und 10 weitere gr. Attraktionen.

Metropol-Theater.
Schwindelmeier & Comp.
Phantastisch musikalische Komödie in
3 Akten aus dem Englischen völlig
frei bearbeitet von J. Freund. Musik
von H. Nelson. U. a. Tänze v. B. Böhler.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schütz.
Anfang 8 Uhr. Kaufper geflattet.

Voigt-Theater.
Schmiedestraße 58.
Heute sowie täglich:
Die Tochter der Hexe
Gr. vom Ausstattungsbild m. Tanz
und Gesang in 5 Akten.
Reine Beleuchtungseffekte usw. usw.
u. d. große Spezialitäten-Programm.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Edle Holzmarkt- u. Alexanderstr.
Som 16. Juli 8 Glanznummern
bis 1. August: 8 Glanznummern
und „Die weiße Dame“
Schwanz mit Gesang.

Gr. Dampfer-Waldsheimfahrt mit Musik
nach dem idyllisch im Walde gelegenen Strandrestaurant
Neu! Richtershorn am Langensee. Neu!
Vorläufig Sommerabendball und Festbeleuchtung.
Abfahrt abends 9 1/2 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 50 Pf.
Reederei Reed, Haldenstraße 48. Fernspr. Amt Wpl. 8197.
Küherdem täglich vorm. 9 Uhr u. 2 Uhr nachm. nach Woltersdorfer Schiene.

R. Volgts Krampenburg
vis-a-vis Schmöckwitz.
Extra-Dampferfahrten: vormittags 9 und
nachmittags 2 Uhr, von der Jannowitz-
und Waisenbrücke. 37923

Reederei Kahn & Hertzler
Neu! Billige Ferien-Extrafahrten
ab Neufölln-Wildenbruchbrücke.
Jeden Montag und Donnerstag nach Freibad
Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle
Jeden Dienstag und Freitag nach Neu-Ahlbeck
und Woltersdorfer Schiene
Jeden Mittwoch nach Freibad Grünau,
Krampenburg und Ziegenhals
Abfahrt von Café Alsen an der Schleifigen Brücke, 10.30 vorm.
Hin und zurück 50 Pf.
Die Fahrten beginnen am Freitag, den 26. Juli.

Zeupig (Lernons Str. 11).
Aufsicht! Ab Berlin-Waisenbrücke am Sonntag, den 28. Juli
und am 4. August nach
Zeupig (Lernons Str. 11). Abfahrt 7 1/2 Uhr.
Hin und zurück 2 Mark.
Am Sonntag, den 28. Juli, nach Krampenburg. Abf. 9 Uhr.
Hin und zurück 1 Mark.
Fahrpreise sind vorher in unserem Kontor zu haben!

Klappstuhlwagen, Kinderbettstelle.
Noahs Ark, Frankfurter Allee 128 III.
Wäschereibeden mit wunder-
vollen Verkleidung oder Stickermuster
8,75, 6,85 bis 18,—, Plüschbetten
1,50, 2,25 usw. Einfarbige Kaffee-
decken 0,95. Wolle Teppichhaus,
Dresdenerstraße 8 (Kottb. Viertel).
Abkommen 10 Prozent Rabatt.
Herrenhemden, zurückgeleitet,
hochbillig. Modemagazin, Friedrich-
straße 71 II. 112/8
Littauer Nähmaschinen ohne An-
zahlung, gebraucht hochbillig.
Stalitzerstraße 99, Borsigauerstr. 65.

Möbel, Leuchter, Blumenstr. 7
am Kottb. Viertel, Spezial-Möbel-
haus auf Kredit und gegen bar.
Anzahlungen auf Stühle und Küchen
20,—, 35,—, 50,—, 75,—, 100,— Mark
usw. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark
Anzahlung an. Bequeme Abzahlung,
Runden, die ihr Konto begleichen
haben, eventuell ohne Anzahlung.
Feiner Herrenzimmer, Speisezimmer,
Schlafzimmer, bunte Küchen in großer
Auswahl. Vorzeiger dieses Interests
erhält beim Kauf von 50 Mark an
5 Mark gutgeschrieben. Auf Wunsch
Verteiler. Sonntags von 8-10 ge-
öffnet. 15598

Musikinstrumente.
Pianos, Harmoniums, Flügel
jeder Preisklasse, gebraucht 120,00 an.
Teilszahlung. Scherer, Gausse-
straße 105.
Bilder.
Sie kaufen Bilder nirgends billiger
als direkt Fabrik bei Bilder-Sojdan,
Reimertstraße 2. 10058

Verschiedenes.
Barentsantw. Bessel, Göttinger-
straße 94a.
Barentsantw. Müller, Göttinger-
straße 81. 24298
Kunsthoferei von Frau Kolodtz
Schlachten, Kurstraße 8 III.
Wandbilder Feinersdorferstraße 13.
Edle Grottmalderstraße. 112/3
Jede Uhr zu reparieren 1,25
(außer Druck), kleinere Reparaturen
billiger. Karle, Uhrmacher und
Juweller, Brunnenstraße 118, Ecke
Wedomstraße. 10265
Kunsthoferei Große Frankfurter-
straße 67. 23998
6,50 zahlte für jeden 10-jährigen
Eindrud- und Feuerverlichtungs-
antrag. Rudenwalderstraße 14 I.
8-10. 25275
Aufpolierung, Matratzen 4,00,
Sofa 5,00, im — subern Hause.
Gaussestraße 74, Schöler. 113/20

Geschäftsverkäufe.
Plättgeschäft frankf. Wegweg ver-
kauft, Bodestraße 27, Zigaren-
geschäft. 731
Zigaren. Können Sie ein
Zigarengeschäft eröffnen und weil
bedeutet werden, so werden Sie sich
in Ihrem eigenen Interesse an Georg
Kosch, Kottb. Straße 63, Spezial-
geschäft für Neueinrichtungen. 15138

Möbel.
Möbel! Für Brautleute günstige
Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen.
Mit kleinster Anzahlung geben schon
Stühle und Küche. An jedem Stück
deutlicher Preis. Überbietet
dabei ausgeschlossen. Bei Krankheits-
fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt
große Rücksicht. Möbelgeschäft W.
Goldstaub, Joffenstraße 38, Ecke
Gneisenaustraße. 29012

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
wie neu, 35,—. Holz, Blumen-
straße 44. 10935
Schiffsdreier, äußerst stabil
50,00 an. Holz, Blumenstraße 44.
Erstklassige Fahrräder, Monar-
rate 10 Mark. Louis Barth, Bräun-
straße 10a. Kein Laden. 10292

Vermietungen.
Großer Laden, 14 Jahre Restaura-
tion, nebst Wohnung, 1. Oktober.
Görlicherstraße 72. Auskunft Hof-
int. Kontor. 25735

Möbel.
Möbel ohne Geld! Bei kleiner
Anzahlung geben Wirtschaften und
einzelne Stücke auf Kredit unter
äußerster Verpfändung, auch Waren
aller Art. Der ganze Laden faulst bei
uns. Anzeilmann u. Co., Kopen-
straße 4. (Schleifiger Bahnhof).
Möbel-Gelegenheits-Kaufe! Hoch-
billig, neue gelegene Einzelmöbel
und ganze Einrichtungen, Schlaf-
zimmer (eige) 288,—, Komplette
Bettzimmer 192,— bis 240,—, Schlaf-
kammer 24,—, Sofa 33,—, Truhen
33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen
25,—, Kleiderkasten, Möbelgeschäft
Kene Königstraße 5/6, 4 Stagen.
Teilszahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/2

Möbel.
Möbel ohne Geld! Bei kleiner
Anzahlung geben Wirtschaften und
einzelne Stücke auf Kredit unter
äußerster Verpfändung, auch Waren
aller Art. Der ganze Laden faulst bei
uns. Anzeilmann u. Co., Kopen-
straße 4. (Schleifiger Bahnhof).
Möbel-Gelegenheits-Kaufe! Hoch-
billig, neue gelegene Einzelmöbel
und ganze Einrichtungen, Schlaf-
zimmer (eige) 288,—, Komplette
Bettzimmer 192,— bis 240,—, Schlaf-
kammer 24,—, Sofa 33,—, Truhen
33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen
25,—, Kleiderkasten, Möbelgeschäft
Kene Königstraße 5/6, 4 Stagen.
Teilszahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/2

Kaufgesuche.
Zahngebisse, Zahn bis 1,25 Mark,
Drahtgold, Stanniol, höchstzählend.
Kohn, Neue Königstraße 76. 226/9

Zimmer.
Möbliertes Vorderzimmer ver-
mietet Martin, SW Mariendorfer-
straße 16, II. 25915

Möbel-Gelegenheits-Kaufe! Hoch-
billig, neue gelegene Einzelmöbel
und ganze Einrichtungen, Schlaf-
zimmer (eige) 288,—, Komplette
Bettzimmer 192,— bis 240,—, Schlaf-
kammer 24,—, Sofa 33,—, Truhen
33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen
25,—, Kleiderkasten, Möbelgeschäft
Kene Königstraße 5/6, 4 Stagen.
Teilszahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/2

Möbel-Gelegenheits-Kaufe! Hoch-
billig, neue gelegene Einzelmöbel
und ganze Einrichtungen, Schlaf-
zimmer (eige) 288,—, Komplette
Bettzimmer 192,— bis 240,—, Schlaf-
kammer 24,—, Sofa 33,—, Truhen
33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen
25,—, Kleiderkasten, Möbelgeschäft
Kene Königstraße 5/6, 4 Stagen.
Teilszahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/2

Kaufgesuche.
Zahngebisse, Zahn bis 1,25 Mark,
Drahtgold, Stanniol, höchstzählend.
Kohn, Neue Königstraße 76. 226/9

Zimmer.
Möbliertes Vorderzimmer ver-
mietet Martin, SW Mariendorfer-
straße 16, II. 25915

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den
Inseratenteil verantw.: Th. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Otto W. Buehler u. Verlagshaus Paw
Singer u. Co., Berlin SW.

2000
LOGISCHER
GARTEN
Täglich:
Großes Militär-
Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark,
von abends 6 Uhr ab
50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte

IKLA
Intern. Kongress Labendar
Abnormitäten.
Die größte
Ausstellung
lebender Naturwunder
von 10 bis 10 Uhr
in den Gesamträumen des
Passage-Panoptikums.
Eintritt, alles inkl. 50 Pf.
Kinder, Sold. 25 Pf. 50 Pf.

LUNA PARK
Gala-Tag
mit großem Riesen-
Front-Feuerwerk
(Schumann & Gallwitz).
Sonntag:
Elite-Sonntag mit Gala-
Front-Feuerwerk.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Schöner Naturgarten.
C. NIBLE.

Reichshallen-Theater.
Gastspiel
der
berühmten Dresdener
Victoria-Sänger.
Anfang Donnerstags 8 Uhr.
Sonntags 7 1/2 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.
Zwei Herzen, möblierte Schlaf-
stube, Raabe, Weinbergweg 12. 25805

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Schlosser auf Geldstrafe ver-
langt Rabian, Strahburgerstraße 56.
Steinmetz, Warmwasserleitung, Wäch-
terstraße, verlangt Bergmannstraße 69.
Dirigent sucht kleiner Gesangs-
verein. Honorarangebot unter G. 2
Hauptgebäude der „Berliner“.

Stellenangebote.
Schlosser auf Geldstrafe ver-
langt Rabian, Strahburgerstraße 56.
Steinmetz, Warmwasserleitung, Wäch-
terstraße, verlangt Bergmannstraße 69.
Dirigent sucht kleiner Gesangs-
verein. Honorarangebot unter G. 2
Hauptgebäude der „Berliner“.

Stellenangebote.
Schlosser auf Geldstrafe ver-
langt Rabian, Strahburgerstraße 56.
Steinmetz, Warmwasserleitung, Wäch-
terstraße, verlangt Bergmannstraße 69.
Dirigent sucht kleiner Gesangs-
verein. Honorarangebot unter G. 2
Hauptgebäude der „Berliner“.

Achtung! Holzarbeiter.
Wegen Streit über Lohn-
differenzen sind gerichtet:
Berufsverein der Berliner
Parkettgeschäfte, Char-
lottenburg, Hildbrandstr.
Ergebungsliste Holzindustrie in
Brand, Hiltale Dehner Str. 36
Das Berliner Arbeitervereins-
vermittlungsbüro d. gelben
„Handwerker-Verbands“.
Arbeitsnachweis d. Stroh-
machern und der Wagenfabri-
kanten, Kaiser-Franz-Grenadier-
Platz.
Zugang ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des
Deutschen Holzarbeiterverbandes
Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste!

Wählend. Sonntag, den 28. Juli, feiert die freiwillige Feuerwehr ihr Stiftungsfest bei Müller. Wir weisen darauf hin, daß dies Lokal für die Arbeiterchaft gesperrt ist.

Staaten. Am Sonntag, den 28. Juli, feiert der Gesangverein Kornblume, in Hornemanns Gasthof und im Lokal von Wolff, Spandauer Straße, sein 25-jähriges Stiftungsfest. Da versucht wird, unter den hiesigen sowie unter den Spandauer Arbeitern Willetts umzusetzen, ersuchen wir etwaige Angebote zur Rückzahlung, da die oben genannten Lokale den organisierten Arbeitern zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehen und daher streng zu meiden sind.

2. Wahlfest. Sonnabend, den 27. Juli findet in Kieles Festsaal, Dammstraße, 13, das Kinderfest und Sommerball der 1. und 2. Abteilung unter gefälliger Mitwirkung des Arbeiterturnvereins Schöneberg statt. Jedes Kind erhält Stockbrot und Mähe gratis. Die Kaffeeküche ist bis 8 Uhr geöffnet. Eintritt nur 10 Pf. Anfang 9 1/2 Uhr. Das Komitee.

Berliner Nachrichten.

Baden verboten!

In diesem Sommer zeigen sich die Stellen an öffentlichen Flußläufen und an Seen, an denen das Baden durch polizeiliche Verordnung verboten ist, ganz erheblich vermehrt. Begründet wird dies damit, daß mehr erlaubte Freibadstellen eingerichtet worden sind, das Publikum also nicht mehr nötig habe, an verbotenen Stellen zu baden. Eigentümlicherweise haben sich aber gerade im laufenden Sommer auch die Unglücksfälle beim Baden außerordentlich vermehrt. Man ist ja um diese Jahreszeit an solche Unfälle schon gewöhnt und wird auch bei den sorgfältigsten Vorkehrungen damit zu rechnen haben. Dennoch überrascht die hohe Zahl, und man kann sich das wohl nur damit erklären, daß einmal das Verbotene doppelt reizt, sodann aber die konfessionierten Freibäder eben noch lange nicht dem Bedürfnis der Großstadtmillionen genügen. Man könnte die weitgehenden Badeverbote billigen, wenn sie stets der Verhütung von Unfällen entsprängen. Das ist indes durchaus nicht der Fall. Das Baden ist heute an Seen und Flußläufen weit von Berlin auch da verboten, wo es ohne übermäßige Gefahr für Leibliches und sittliches Wohl jahrzehntlang geübt wurde und wo es ruhig weitergestattet werden könnte, wenn nicht bürokratische und unfittlichkeitsämnerische Strömungen dazwischen träten. Nach dem Modus der Behörden ist das Baden überall da verboten, wo es nicht erlaubt ist! So erklärt es sich, daß an Hunderten von Stellen, die keine erlaubten Badstellen sind, noch wie vor gebadet wird, und das wird auch, wenn man mit der Pflicht der badelustigen Großstadtmenge rechnet, in Zukunft so bleiben. Wir haben besuchteste Badstellen, an denen, obwohl das Baden hier nicht offiziell gestattet ist, in langen Jahren auch nicht ein einziger Unfall vorkam. Andererseits sind selbst erlaubte Badstellen nicht von Unglücksfällen, die mütterlich durch nachlässige Einrichtungen verschuldet waren, verschont geblieben. Völlig verkehrt ist die systematische Jagd auf Badende, worüber auch in diesem Jahre berichtet wird. Gerade durch solche Sehe können Unfälle eintreten, die sonst höchstwahrscheinlich vermieden worden wären. Im allgemeinen hat das Publikum selbst den richtigsten Instinkt, wo das Baden gefährlich und wo es ungefährlich ist. Durchweg in Reglements wird sich das Baden im Hochsommer niemals bringen lassen. Eine wesentliche Beschränkung der Unfälle wäre aber nahezu sicher, wenn man behördlicherseits duldsamer sein und entweder bedeutend mehr offizielle Freibäder zulassen oder das Baden nur an jenen Stellen, wo es wirklich mit Lebensgefahr verbunden ist, verbieten, dann aber auch, was die Hauptsache ist, auf diese Lebensgefahr durch zahlreiche deutlich sichtbare Anschläge hinweisen wollte.

Das städtische Krematorium. Gestern ist beim Magistrat die Genehmigung des Polizeipräsidenten für die Feuerbestattungsanlage auf dem Gelände des städtischen Friedhofs Gerichtsstraße 37-38 eingegangen. Nachdem jetzt die landespolizeiliche Genehmigung erteilt ist, werden die Arbeiten so gefördert werden, daß die Inbetriebnahme voraussichtlich im Oktober dieses Jahres erfolgen kann. Da die besonders erteilte Genehmigung zur Verfertigung der Särge von der Kapelle aus bereits vorhanden ist, wird die Stadt jedenfalls im Oktober dieses Jahres schon mit der Einäscherung beginnen können.

Militärische Ordnung. Mancher armer Erdenbürger ist durch Einberufung zu einer militärischen Übung schon um seine Stellung, um Arbeit und Brot gekommen, manch anderer wieder hat sich Strafen und andere Annehmlichkeiten zugezogen, wenn er irgendwie gegen die geheiligte Ordnung und Disziplin der Militärbehörde verstoßen hat. Ist man bisher der Ansicht gewesen, daß mit dem Eintreten des Todes alle Verpflichtungen der Militärbehörde gegenüber erlöschen sind, so belehrt uns das Bezirkskommando V in Berlin eines Besseren. Der ehemalige Pionier Paul Wärenwald ist Anfang April dieses Jahres gestorben; trotzdem erhielt dieser Tage die Witwe einen an den Verstorbenen gerichteten Bestallungsbefehl. — Danach soll sich B am 28. August 1912 zu einer 28-tägigen Referendierung auf dem Hofe des Bezirkskommandos in Schöneberg einstellen. Bei unpünktlichem Erscheinen wird Strafe nach dem Militärstrafgesetz angedroht. Was wird man nun unternehmen, wenn der Einberufene garnicht erscheint? Wenn auch der gefürchtete Militarismus jahraus, jahrein Tausenden Leben und Gesundheit raubt, so ist er wohl doch nicht in der Lage, die Toten zu kommandieren und sich dienstbar zu machen. Das bevorstehende Kaiserjubiläum scheint jedoch bei manchen Militärbehörden große Unordnung und manches Unheil angerichtet zu haben. Vielleicht geht an den Toten nach dem Bestallungsbefehl auch der ominöse Strafbefehl ab und der Schuldigererfreich wäre komplett.

Das Verbrecheralbum der Berliner Fondsörse.

Bisher hat man ein Photographienalbum angelegt von Leuten, die Verbrecher begangen hatten. Die Fondsörse beschäftigt jetzt jedoch Widerregister von vollständig und unbescholtenen Personen zu führen. Ein geschäftstüchtiger Hofphotograph verfertigt an die Geschäftswelt ein Bildchen, in dem es u. a. heißt: „Anlässlich des Hundstreichens, welches der Vorstand des Vereins für die Interessen der Berliner Fondsörse“ an seine Mitglieder gerichtet hat, laut dessen die Firmen empfohlen wird neben den Personalakten auch ein Widerregister zu führen, um in erhöhter Weise gegen Desfraktion geschützt zu sein, erlaube ich mir zur Erleichterung und Beschleunigung der Ausfertigung dieses Beschlusses meine Dienste ganz ergebenst anzubieten.“

Es entsteht nun die Frage, ob auch die Direktoren der in Frage kommenden Firmen photographiert werden sollen, denn es ist doch schon sehr oft vorgekommen, daß auch diese Herren die Begriffe von Wein und Wein verwechselt haben und nach Unterschlagung von vielen Tausenden flüchtig geworden sind.

In übrigen bleibt abzuwarten, ob die betreffenden Angestellten — deren „Eandesbewußtsein“ bekanntlich sehr ausgeprägt ist, es wirklich mit ihrer Ehre werden vereinbaren können, in Massen zu dem spekulativen Photographen zu wandern, um sich dort absonstigen zu lassen.

Ueber Bootsunfälle gehen uns jetzt täglich Meldungen zu; sehr oft wird darüber geklagt, daß die Befahrung der Vergnügungsdampfer es an den nötigen Maßnahmen zur Rettung von verunglückten Bootsinassen fehlen läßt. Es ist unmöglich, all den Meldungen Aufnahme zu gewähren oder sie im einzelnen auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen. — Zwei Mitglieder eines Ruderklubs berichteten gestern folgenden aufregenden Vorfall: „Als wir Dienstagabend gegen 10 Uhr mit unserem Boot in die Nähe des Hölperner Elektrizitätswerkes kamen, hörten wir gellende Hilferufe aus einem Doppelstiller, der sich von einem in gleicher Richtung fahrenden Dampfer bedroht fühlte und anscheinend nicht ausweichen konnte. Die Ruderer wurden schließlich von dem Dampfer am Steuerruder überrollt, worauf das Boot kenterte und beide Insassen ins Wasser fielen. Der Kapitän des Dampfers muß von dem Unglück Kenntnis erhalten, auch muß er gehört haben, wie die mit den Wellen kämpfenden Ruderer laut um Hilfe und nach Rettungsringen riefen. Von der Befahrung des Dampfers wurde nichts zur Rettung unternommen, trotzdem doch auf einem solch großen Dampfer Rettungsmaterial vorhanden sein muß. Wir sahen auch hinten am Heck zwei Rettungsgürtel hängen, die aber anscheinend für die verunglückten Ruderer zu schade waren. Wir machten uns sofort mit einigen Ruderbooten, die zufällig in der Nähe ruberten, daran, die Leute aus dem Wasser zu ziehen und das auf dem Wasser treibende Bootsmaterial zu bergen. Wir gaben den Verunglückten trockene Kleider und Decken und brachten sie nach ihrem Bootshaus in Haffelwerder bei Ober-Schöneberg.“

Von anderer Seite wird uns über eine etwas waghalsige Dampferfahrt berichtet: Zwischen 9 und 10 Uhr vormittags fuhr ein nicht besetzter Dampfer unter der Brommybrücke hindurch und steuerte gerade den Weg auf die Militärbadanstalt zu. Dabei wurde ein Kapfeiler angetanzt, der nebst einigen sogenannten Sitzbrettern in Stücke gerissen wurde. Der Dampfer geriet demnach ins Schwanken, daß die Fahrgäste entsetzt aufschrien und einige Zuschauer glaubten, der Dampfer würde umkippen. Verletzungen schien niemand davongetragen zu haben, nur einige Hüte machten ein unfreiwilliges Bad und wurden von einem Schiffsjungen und Soldaten aufgefischt. Letztere hoben auch den umgefahrenen Pfeiler geborgen. Die Ursache des Zusammenstoßes konnte nicht festgestellt werden, jedenfalls dürfte aber etwas mehr Vorsicht am Platze sein.

Schon wieder ein Unfall bei den Museumsbauten. Gestern morgen 1/9 Uhr passierte wieder ein Unglücksfall auf den Museumsbauten. Eine Lore hatte beim Umshwenken des Kranes aus und verlegte einen Steinträger schwer. Zum Glück schlug die Lore auf ein darunter befindliches Gerüst, wodurch verhindert wurde, daß vier darunter beschäftigte Maurer verletzt wurden. Der Steinträger wurde mit dem Krankenwagen abgeholt.

„Kleiderrevolver“ in den Freibädern. Gefährliche Diebespezialisten treiben seit einiger Zeit in den Freibädern ihr Unwesen. Es handelt sich um sogenannte „Kleiderrevolver“. In dreierlei Weise machen sich die Diebe an den Kleidungsstücken, die am Ufer niedergelegt worden sind, heran und unterziehen sie einer eingehenden Taschenrevision. Was sie dabei an wertvollen Gegenständen finden, wandert in die eigene Tasche. Hauptächlich haben es die frechen Diebe auf bares Geld sowie auf Taschenuhren abgesehen. Im Freibad an der Obersee konnten gestern zwei jener Räuber auf frischer Tat ertappt und festgenommen werden. Man fand in den Taschen der Diebe mehrere wohlgefüllte Portemonnaies sowie einige Schmuckstücke. Die beiden wurden zunächst mit einer tüchtigen Tracht Prügel bedacht und dann der Polizei übergeben.

Todessturz aus der vierten Etage. Im Hause Eisenacher Str. 120 stürzte sich gestern früh ein Mädchen, die 29 Jahre alte Hedwig Hornmann, die dort bei zwei alleinstehenden Damen in Dienst stand, aus dem Küchenfenster der in der vierten Etage gelegenen Wohnung auf den Hof hinab, wo es mit zerschmetterten Gliedern tot liegen blieb. Das Motiv der Verzweiflungstat ist noch nicht bekannt.

In die Spree gestürzt hat sich gestern das 21 Jahre alte Dienstmädchen Anna Schaap, das seit einem Monat im Elisabeth-Krankenhaus in der Lützowstr. 24-26 beschäftigt ist. Nach einem geringfügigen Streit mit einer Stubenangestellte verließ sie das Zimmer mit den Worten: „Ich gehe ins Wasser.“ Vor dem Hause Schöneberger Ufer 20 stürzte sie sich tatsächlich in die Spree. Sie konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Einbrecher auf einem Friedhof. Ein frivoler Diebstahl ist auf dem Begräbnisplatz der jüdischen Gemeinde in Weihensee verübt worden. Rasch drangen zerstörungswütige Vaben auf den Friedhof und machten sich an die Zerstörung eines der Erdbegräbnisse. Die rohen Wurzeln rissen unter anderem sechs Bronzestellen von erheblichem Werte aus den Hüllungen heraus und nahmen sie als Beute mit.

Mit Hilfe des Verbrecheralbums ermittelt wurde der Dieb, der vor 14 Tagen einem Stadtfreisenden eine wertvolle Pelzammlung stahl. Der Reizende, der hier eine Wiener Pelzwarenhandlung vertritt, pflegte seine Musterkoffer von Gelegenheitsarbeitern aus der Gontardstraße mit einem Handwagen zu seinen Kunden fahren zu lassen. Am 1. Juni ließ er einen Gelegenheitsarbeiter mit einem Koffer, der für 7000 M. Stuntd., Netz- und Mummelstols enthielt, abfahren, ohne ihn gleich zu begleiten. In einem Gehäkt in der Dresdener Straße wollte man sich wieder treffen. Dort wartete aber der Stadtfreisende vergeblich auf den Mann mit dem Handwagen. Der Beauftragte hatte die Ladung als gute Beute betragt und war damit verschwunden. Als die Kriminalpolizei dem Verstorbenen das Verbrecheralbum vorlegte, erkannte er seinen Mann in einem wiederholt bestraften wohnungs- und stellunglosen früheren Hausdiener Artur Venz wieder. Die weiteren Nachforschungen führten jetzt auch zur Festnahme des Diebes und seiner Helfer.

Ein schwerer Eisenbahnunfall, bei dem ein Arbeiter getötet, ein zweiter schwer verletzt wurde, ereignete sich am Dienstag in der Nähe von Fürstentwalde. Bei dem Orte Rosengarten werden gegenwärtig neue Gleisstrecken angelegt, deren eine ausgeprobt werden sollte. Als auf einem Nebengleise ein Schnellzug herannah, traten mehrere bei dem Bahnbau beschäftigte Arbeiter auf den auszuprobenden Schienenstrang, auf welchem gerade die Probefahrer herannahen. Infolge des durch das Vorüberfahren des Schnellzuges verursachten Geräusches überhörten die Arbeiter die Warnungssignale der aufgestellten Sicherheitsposten. Während es den übrigen noch im letzten Augenblick gelang, zur Seite zu springen, wurden die Arbeiter Dietrich und Krug von der Maschine erfasst und getreten unter die Räder. D. wurde vollständig zermalmt und war auf der Stelle tot; K. erlitt schwere äußere und innere Verletzungen und wurde in sehr bedenklichem Zustande in das Fürstentwälder Krankenhaus geschafft.

Liebestragödie im Automobil. In der Brändenallee im Tiergarten hat sich gestern morgen in einer Automobiltröschle eine

Liebestragödie abgepielt. Der 28 Jahre alte Buchhalter Willi Heuer aus der Stragburger Straße unterhielt seit längerer Zeit mit der bei ihrer Mutter in der Blumenstraße wohnenden neunzehnjährigen Verkäuferin Irma Simon ein Liebesverhältnis. Der junge Mann war auf seine Geliebte außerordentlich eifersüchtig und machte ihr deshalb andauernd Vorwürfe. Gestern früh unternahm beide eine Spazierfahrt im Automobil im Tiergarten. In der Brändenallee zog Heuer plötzlich einen Revolver, gab erst mehrere Schüsse auf seine Braut ab und jagte sich dann selbst eine Kugel in die Schläfe. Der Chauffeur, der durch die Schüsse aufmerksam gemacht wurde, verständigte die Polizei. In schwer verletztem Zustande wurde das Liebespaar in das Krankenhaus Moabit gebracht. Heuer ist dort im Laufe des Vormittags gestorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Der Zustand des jungen Mädchens, das bisher noch nicht vernommen werden konnte, ist ernst, wenn auch eine direkte Lebensgefahr augenblicklich nicht besteht.

Warnung vor einer Wahrsagerin. Mit unglaublicher Dreistigkeit geht eine Schwindlerin zu Werke, die in den letzten Wochen in den westlichen Vororten zahlreiche Mädchen schwer geschädigt hat. Die Gaunerin erscheint gewöhnlich in der Nähe vornehmer Wohnungen und bietet ihr die Schirme zur Reparatur zu überlassen. Im Gespräch stellt sie sich den Dienstmädchen als Wahrsagerin vor und versteht es auch, die Leichtgläubigen zu veranlassen, sich die Karten legen zu lassen. Dabei läßt sie sich unter allerhand Verspiegelungen größere Geldsummen und Schmuckstücken ausstrecken und verschwindet damit auf Rummelwiedersehen. Mit beispielloser Frechheit ist die Wahrsagerin besonders in einem Falle vorgegangen. Sie hatte einem in der Rößstraße bediensteten Mädchen, das erst vor kurzem vom Lande nach Berlin gekommen war, die Karten gelegt und ihm für vier Mark ein Sympathiemittel verkauft, das angeblich gegen alle Krankheiten helfen sollte und aus drei Fingerringen, drei Haaren und drei Kreuzen bestand. Die Leichtgläubigkeit, mit der das Mädchen auf den Hofspokus eingegangen war, ermutigte die Schwindlerin, gleich am nächsten Tage ihr Opfer noch gründlicher zu rufen. Die Gaunerin erschien abermals bei dem Dienstmädchen und erklärte anscheinend reumütig, daß sie sich gestern nur einen Scherz erlaubt habe, daß sie aber Neue empfinde und das richtige Mittel nunmehr mitteilen wolle. Die Wahrsagerin forderte nun das Mädchen auf, ihr für ein paar Minuten sein gesamtes Vermögen auszuhändigen, damit sie mit dem Gelde über den Kreuzweg gehen könne, bei dessen Ueberkreuzen ihr erst die richtige Erkenntnis komme. So unglaublich es auch klingen mag, das leichtgläubige Mädchen händigte der Frau die gesamten Ersparnisse in Höhe von 61 Mark aus. Die Wahrsagerin eriserte sich eiligst mit dem Schab, um sich nach einem in der Nähe gelegenen Platz zu begeben, nachdem sie noch ihr Opfer angewiesen hatte, auf keinen Fall ihr nachzugehen. Natürlich wartete das Dienstmädchen vergeblich auf die Wiederkehr der klugen Frau. Die Schwindlerin ist etwa 30 Jahre alt, 1,68 Meter groß, hat rotes Haar, längliches, blaues Gesicht. Vesteidet war sie mit schwarzem Kleid, über dem sie ein kariertes Tuch trug, schwarzen Strümpfen und gelben Schnürschuhen. Etwas weitere Beschädigte wollen sich bei der Schöneberger Kriminalpolizei, Zimmer 13, melden.

Aus dem Langen See gefandelt wurde die Leiche des 31-jährigen Monteurs Wilhelm Strecker aus der Gartenstr. 28 in Berlin. Et hatte am letzten Sonntag gebadet und war dabei vor den Augen mehrerer Freunde ertrunken.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Sonntag, den 28. Juli 1912: Familien-Ausflug nach Rixdelswerder. Abfahrt des Zuges nach Bahnhof Brunnenwald: Schleifischer Bahnhof 8.28, Jannowitzbrücke 8.29, Alexanderplatz 8.31 usw.; Potsdamer Ringbahnhof 8.44, Frühstück im Walde. Treffpunkt für Nachzügler von 12 Uhr mittags ab: Freundes Inselgarten, Rixdelswerder.

Ein Wettrennen auf gestohlenen Fahrrädern entspann sich gestern in der Nähe des Schleifischen Bahnhofs zwischen einem Dieb und einem Kriminalbeamten. Der Fahrraddiebstahl hat in der letzten Zeit wieder so stark zugenommen, daß Tage mit 60 bis 70 Anzeigen schon nicht mehr selten sind. Den Uebelthäter begegnet die Kriminalpolizei mit besonderen Maßregeln und so nimmt auch die Verhaftung der Diebe von Tag zu Tag zu. Ein besonderes Pech hatte ein junger Dieb, der unfreiwillig einem Kriminalbeamten zu seiner eigenen Festnahme half. Der Kriminalpolizei war ein lebhafter Verleher mit Fahrrädern bei einem Händler aufgefallen. Sie beobachtete deshalb sein Geschäftstotal. Gestern sah nun ein Beamter, wie ein junger Mann dem Händler zwei Räder auf einmal zuführen wollte. Als der Händler sich beobachtet sah, blühte er auch etwas schärfer zu und erkannte jetzt den Beamten, mit dem er schon früher zu tun gehabt hatte. Sofort ließ er das eine Rad stehen und jagte mit dem anderen davon. Der Beamte war aber auch geübter Radler. Er schwang sich auf das zweite gestohlene Rad, das der Dieb im Stich lassen mußte, verfolgte den Flüchtling, holte ihn mit einem kräftigen Sprung ein und nahm ihn fest. Als er dann die Räume des Händlers durchsuchte, fand er dort nicht nur weitere sechs gestohlene Räder, sondern auch noch ein reichhaltiges Lager von anderen Waren, darunter ein chinesisches Teeservice, ein Kaffeeservice, zwei silberne Gabeln mit dem Zeichen B. 1867, ein silbernes Sieb, zwölf versilberte Dessertmesser in einem Etui und 44 silberne Taschenuhren. Das beschlagnahmte Lager wurde nach dem Polizeipräsidium gebracht und im Zimmer 51 für die unbekannten Eigentümer ausgestellt. Der Dieb wurde mit dem Dieb verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

In seiner Wohnung erhängt hat sich gestern Nachmittag der Maurer Karl Unger aus der Panstraße 78. Der Mann konnte schon seit längerer Zeit wegen eines starken Nerven- und Nierenleidens nicht mehr arbeiten. Die Krankheit, die in der letzten Zeit besonders heftig auftrat, trieb ihn zur Verzweiflung. Als gestern nachmittag seine Söhne zur Arbeit und seine Frau zum Einköhlen fortgegangen waren, erhängte er sich an der Stubenleier. Als man ihn auffand, war er schon tot.

Festgestellt wurde die Persönlichkeit des Mannes, der Dienstag früh auf dem Schloßplatz leblos auf einem Stuhl sitzend aufgefunden wurde. Es handelt sich um den 46 Jahre alten Kaufmann Runo Hecht aus der Mulackstraße 1/2. Seine Leiche wurde von der königlichen Klinik in der Fiegelestraße nach dem Schloßhaus gebracht. Allem Anschein nach ist der Mann einem Herzschlage erlegen.

Das Sängerefest des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, Gau Berlin und Umgegend, findet am kommenden Sonntag, den 28. Juli, im „Schloß Weihensee“ statt. Der Bund ist bemüht, auch diesmal sein Bestes zu bieten, sowohl bei den Massen-, wie auch bei den Einzelkämpfen. Das Programm weist außer vier Massenliedern 24 einzelne Chöre auf. Der musikalische Teil wird vom Berliner Vorvortester unter der bewährten Leitung des Herrn Franz v. Blon ausgeführt. Ein Feuerwerk wird das Fest beschließen.

Ein gut gelungenes Turnfest hielt die Mitglieder des I. Kreises des Arbeiter-Turner-Bundes am 20. bis 22. Juli in Fürstentwalde an der Spree ab. Dieses, sonst ruhige Städtchen, hatte zu dieser Veranstaltung einen Massenbesuch aufzuweisen wie nie zuvor. Von Sonnabend früh ab kamen mit allen Vorort- und Fernzügen fröhliche Turner- und Turnerinnen in ihrer schäumenden Tracht. Ihre leuchtete helle Freude aus den Augen; und doch ihre Turntaste ihre schönsten und liebsten Veranstaltungen, an denen sie teilnehmen. Mit einem Sonderzug, den sich der Turnverein nicht, Berlin, bestellt hatte, und der annähernd 750 Personen brachte, schloß der Zustrom der Teilnehmer ab. Nach der Sonntag brachte noch eine große Zahl von Turnern und

Turnerinnen, aber noch mehr sogenannte Festbummel. Im ganzen mögen über 4000 Kreisangehörige, wenn auch nicht alle aktiv, teilgenommen haben. Die sonst so üblichen Scherereien von den Behörden waren unterblieben. Die turnerische Tätigkeit setzte bereits am Sonnabendnachmittag ein. Am Sonntagmorgen 1/7 Uhr waren die Turnerscharen bereits wieder auf dem Festplatz. Hier setzte nun ein Turnbetrieb ein, wie ihn nur eine streng disziplinierte Masse durchzuführen vermag. Nachmittags wurde ein Festzug durch die Stadt gemacht, an dem ca. 3000 Turner und 700 Turnerinnen teilnahmen. Eine kleine halbe Stunde dauerte es, ehe der Zug vorbeifließend war. Auf dem Festplatz angekommen, sang der Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit“ mit Orchesterbegleitung das Bundeslied: „Trüder reicht die Hand zum Bunde!“ Dann begrüßte der Kreisvertreter die Turner und Gäste. Nach kurzer Pause begannen die turnerischen Vorführungen, die tüchtige Leistungen aufzeigten. Mit diesem Fest haben die Arbeiterturner wieder gezeigt, wie man Turnfeste feiern kann, ohne daß dabei Feldgottesdienst und andere patriotische Veranstaltungen stattfinden brauchen. Sie tunen des Turnens wegen, alles andere ist ihnen gleichgültig. Möge dieses wohlgeleitete Fest dazu beitragen, weitere Massen dem Arbeiterturnerbunde zuzuführen.

Bei dem Sommerfest am 14. Juli in der Backbrauerei ist ein Portemonnaie gefunden worden. Abzuholen bei Gustav Schmidt, Kirchhainstr. 14.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand kam am Mittwochnachmittag um 4 1/2 Uhr aus noch nicht ermittelter Ursache in dem Eckhause Meindorfer Straße 63 an der Dudenarder Straße (neben dem Kaiser-Friedrichs-Kinderkrankenhaus) zum Ausbruch. Als die Feuerwehr von der Konig- und Edinburgher Straße mit mehreren Löschzügen an der Brandstelle ankam, hatte das Feuer schon eine große Ausdehnung erlangt. Es konnte nicht mehr verhindert werden, daß der Dachstuhl mit dem gesamten Inhalt an Hausrat und Preßlohlen usw. der zahlreichen Mieter ein Raub der Flammen wurde. Die oberen Stockwerke des Hauses haben durch Wasser nur wenig gelitten. Die Mieter, von denen mehrere verheiratet und einige nicht versichert sein sollen, erleiden angeblich erheblichen Schaden.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Die Feuerwehr wurde wegen eines gefährlichen Brandes nach den Parkwerken von Hans Wunder am Weihenfer Weg alarmiert. Dort hatte sich Kolophonium entzündet. Um die Flammen zu löschen, mußten Viehe und Sand benutzt werden. Mit Wasser war nichts auszurichten. In der Pfarrstr. 68 mußte ein Preßlohlenbrand gelöscht werden, der durch Selbstentzündung entstanden sein soll.

Schwargendorf.

Ein schwerer Bauunfall trat gestern nachmittag auf dem Neubau des Hauses Orberstr. 18 zu. Als ein Arbeiter, dessen Name bisher nicht bekannt wurde, eine Last von der zweiten Etage nach dem Parterre schaffen wollte, kam er auf der Treppe zu Fall und stürzte so unglücklich, daß er blutüberströmt und besinnungslos liegen blieb. Der Verunglückte, der eine klaffende Kopfwunde, eine Gehirnerschütterung und Quetschungen an den Armen erlitten hatte, erhielt auf der nächsten Unfallstation die erste Hilfe und wurde von dort nach dem Krankenhaus Friedrichshain geschafft.

Steglig.

Von einem Hirschschlag betroffen wurde gestern das 24jährige Dienstmädchen Marie Kuge aus der Schloßstr. 27. Das junge Mädchen brach beim Einlaufen in der Schloßstraße plötzlich besinnungslos zusammen. Mitleidige Passanten nahmen sich ihrer bald an und brachten sie nach einem Arzt, der Hirschschlag feststellte. Später wurde die Schwerverkrankte nach dem Kreiskrankenhaus gebracht.

Reiserische statt Geld. Einen gefährlichen Schuldner besitzt der Kaufmann G. in dem Italiener Piccolo del Pietro, Althoffstr. 5 wohnhaft. G. schuldet dem G. eine größere Geldsumme und gestern erschien der Gläubiger in der Wohnung des Italieners, doch kaum hatte er sein Anliegen vorgebracht, da stürzte sich der heißblütige Südländer über ihn her und verriet ihm mehrere tiefe Messerstiche in die Brust. G. mußte fliehen, da ihn der Attentäter sonst vielleicht erstochen hätte. Er eilte in den Garten des Hauses und brach dort blutüberströmt zusammen. Auf Veranlassung von Hausbewohnern wurde die Polizei benachrichtigt, die den gefährlichen Schuldner zur Wache brachte.

Groß-Vichterfelde.

Ein Straßenbahnunfall mit tödlichem Ausgang hat sich gestern nachmittag hier zugegetragen. Der Schuhmacher Albert Kohn hatte am Händelpfad auf einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen hinaufspringen wollen, kam aber zu Fall und blieb unglücklicherweise an der Hinterplattform hängen. Er wurde eine Strecke

mitgeschleift und blieb schließlich auf dem Damm liegen. Anscheinend ist der Unfall von der Straßenbahn aus nicht beobachtet worden, denn der Verunglückte, um den sich niemand kümmerte, schleppte sich nach dem Eisenbahngelände, wo man ihn später tot auffand. Bei einer ärztlichen Untersuchung wurde festgestellt, daß K. bei dem Sturz einen schweren Schädelbruch davongetragen hat. Er ist anscheinend an innerer Verblutung gestorben. Die Leiche wurde be-schlagnahmt.

Nieder-Schöneweide.

Der hiesige Arbeiter-Turnverein „Frisch-Frei“ veranstaltet am Sonnabend, den 27. Juli, im Restaurant „Waldhaus“, Berliner Straße 81, ein Sommerfest, verbunden mit turnerischen Vorführungen, Blumenverlosung usw. Anfang 8 Uhr. Um recht rege Beteiligung wird gebeten. — Sonnabend, den 10. August, findet eine Nacht- und Tagpartie nach Budow (Märkische Schweiz) statt. Fahr-geld hin und zurück ca. 1,50 M.

Notwasser.

Das Fehlen einer Flussbadeanstalt wird von der Bevölkerung, namentlich der Arbeiterschaft, auch in diesem Jahre recht unangenehm empfunden, um so mehr, als durch die neueste Verfügung des Regierungspräsidenten das Baden an offenen Gewässern gänzlich verboten und damit natürlich auch das im vorigen Sommer am Gabelufer provisorisch errichtete Freibad aufgehoben ist. Das Projekt einer Badeanstalt an der Rütze hat sich nicht als empfehlenswert erwiesen, da das Wasser durch die Abwässer von Rieselanlagen und Fabriken im Oberlauf des Flusses verunreinigt wird. Die Gemeinde hat sich deshalb bereits nach einem anderen passenden Platz umgesehen und steht gegenwärtig mit dem Eisenbahnklub in Verhandlungen wegen pachtweiser Ueberlassung eines Wiesensireisens am Gabelufer, links von dem sogenannten „Schwarzen Damm“.

Aus aller Welt.

Zur Brandkatastrophe in London.

Zehn Arbeiterinnen verbrannt.

Ueber die bereits in unserer letzten Nummer kurz gemeldete furchtbare Brandkatastrophe wird noch gemeldet:

Es war 6 Uhr abends, als das Feuer im fünften Stockwerk der Postkartenfabrik von August Thomas in der Moor Lane in London ausbrach. In zwei großen Zimmern waren ungefähr 20 Arbeiterinnen beschäftigt. In den Räumen befanden sich große Mengen von Zelluloid, die zur Herstellung der Postkarten verwendet wurden. In dem einen Zimmer brannte auf einem Gasherd eine Flamme. Plötzlich schoß aus der Öffnung des Gaszuleitungsrohrs eine Stichflamme heraus und setzte einen danebenstehenden Stapel Zelluloid in Flammen. In wenigen Sekunden stand das ganze Zimmer in Flammen, die in ihm befindlichen Personen gefährdend. Glücklicherweise konnten jedoch die 10 Arbeiterinnen, die sich in diesem Raume aufhielten, rechtzeitig das Treppenhaus erreichen und sich in Sicherheit bringen. Dagegen war den zehn Arbeiterinnen des Nebenzimmers durch die Flammen der Weg vollständig abgeschnitten. In ihrer Angst versuchten sie das Dach, das sich unmittelbar über ihnen befand, durch eine schmale Öffnung zu erreichen. Bald standen die Kleider und die Haare der bedauernswerten Mädchen in Flammen und es war ein furchtbarer Anblick für die Zehntausende unten in den Straßen, als die Unglücklichen auf dem Dache hin und her irrend, und in Flammen gehüllt nach einem Ausweg suchten. Schließlich gelang es Arbeitern von einem benachbarten Dach aus durch Bretter einen Zugang zu den Mädchen zu schaffen und auf diese Weise zwei oder drei von ihnen zu retten. Dagegen stürzten zwei andere bei diesem Rettungsversuch in die Tiefe und waren sofort tot. Eine dritte fiel auf ein Glasdach und erlitt schwere Schnittwunden. Der Feuerwehr, die inzwischen an der Brandstelle eingetroffen war, gelang es bald des Feuers Herr zu werden. Bei den Aufräumungsarbeiten wurden sechs Leichen der verunglückten Arbeiterinnen gefunden. Vier schwerverletzte Arbeiterinnen wurden ins Krankenhaus geschafft, von denen eine bereits gestorben ist, während die anderen mit dem Tode ringen.

Eine spätere Meldung besagt noch: In der Ansichtskartenfabrik, in der der Brand ausbrach, waren im ganzen 18 Personen, darunter 14 Arbeiterinnen, beschäftigt. Von letzteren haben 10 den Tod gefunden. Sechs von ihnen wurden vollständig verkohlt aufgefunden, während vier andere durch Abspringen aus dem Fenster getötet worden sind.

Zur Mordaffäre Rosenthal.

Die Affäre Rosenthal nimmt immer noch das ungeteilte Interesse des gesamten New Yorks in Anspruch. Die Polizei

bemüht sich nach wie vor, der Mörder habhaft zu werden, doch nimmt man allgemein an, daß es ihr mit der Ergreifung der Verbrecher nicht allzu ernst ist, da sie sie sonst schon ermittelt haben müßte, weil ihr sämtliche Mitglieder der Bande bekannt sind. Gestern wurde der berüchtigte Apache Harry Mallon von dem Untersuchungsrichter eingehend verhört. Er erklärte, daß er sich in dem Mordautomobil befunden habe, doch habe er den Wagen vor der Ausführung der Mordtat verlassen und sei imstande, für die Zeit der Mordtat sein Alibi nachzuweisen. Verschiedene Zeitungen veröffentlichen heute die Namen von Mitgliedern der Mörderbande, die sich noch immer in Freiheit befinden. Die ganze Angelegenheit wächst sich zu einem immer größeren Skandal aus.

Kleine Notizen.

Dachstuhlbrand bei einem Fabrikneubau. Auf dem großen Gardegler Kalk- und Zementwerk A. G. in Südhannover ist das ganze Dach des neuerbauten großen Fabrikgebäudes in sich zusammengestürzt und hat die maschinelle Einrichtung zum großen Teil zerstört. Der Einsturz kündigte sich durch Krachen und Poltern und Herabfallen einzelner Steine an, so daß sich die Arbeiter durch schnelle Flucht gerade noch in Sicherheit bringen konnten. Der entstandene Schaden ist sehr erheblich.

Ein deutscher Aeroplan auf französischem Boden gelandet. Am Mittwochabend landete 50 Kilometer von der Grenze entfernt ein deutscher Militär-aeroplan, der von einem Leutnant des 138. Regiments gesteuert wurde und einen anderen Offizier als Passagier an Bord führte. Beide waren in Uniform. Sie gaben an, in Stralsburg zu einem Flug nach Reg aufzusteigen zu sein und sich dann in dem dichten Nebel verirrt und unbewußt die französische Grenze überflogen zu haben. Beide haben in Romont, wo sie freundlich aufgenommen wurden, übernachtet und beabsichtigten am Donnerstag nach Reg zurückzukehren.

Entgleisung der elektrischen Straßenbahn. In Rom entgleiste ein die Via Cabour zum Forum Romanum hinabfahrender Wagen der elektrischen Straßenbahn und stürzte um. Zehn Personen wurden verletzt.

Marktbericht von Berlin am 23. Juli 1912. nach Ermittlung des k. k. Polizeipräsidenten. Marktpreisliste. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—50,00. Linen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhbl.) 10,00—16,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,00. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,40—5,20. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,20. Kalle 1,20—3,20. Jander 1,60—3,60. Fische 1,20—2,80. Porcke 0,80—2,40. Schote 1,20—3,20. Biele 0,80—1,60. 60 Stück Aechse 2,00—40,00.

Witterungsübersicht vom 24. Juli 1912.

Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temper. in °C	Temper. in °F	Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temper. in °C	Temper. in °F
Eutin	764	W	2	Wolklos	20	68	Saparanda	762	SO	4	heiter	17	63
Hamburg	764	D	2	halb bb.	18	64	Petersburg	766	W	1	bedeckt	12	54
Berlin	763	N	1	halb bb.	17	63	Scilla	759	SE	5	wolkig	15	59
Frankfurt	763	NO	1	wolklos	17	63	Aberdeen	764	D	2	bedeckt	12	54
München	763	D	1	wolklos	15	59	Paris	761	NO	1	wolklos	18	64
Wien	762	NO	3	bedeckt	18	64							

Wetterprognose für Donnerstag, den 25. Juli 1912.

Wolklos heiter, am Tage warm bei meist schwachen nordöstlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 23. 7.		seit 22. 7.		Wasserstand	am 23. 7.		seit 22. 7.	
	cm	cm ³	cm	cm ³		cm	cm ³	cm	cm ³
Remel, Elbt	72	-1			Saale, Groditz	50	-6		
Regel, Ansternburg	48	+1			Harz, Spandau ²⁾	20	0		
Weichsel, Thorn	16	-2			Rathenow ²⁾	28	+10		
Dder, Ratibor	220 ²⁾	+126			Spree, Spremberg ²⁾	58	-2		
• Krossen	50	-3			Bestow	78	+1		
• Frankfort	58	-3			Weser, Minden	92	-10		
Barthe, Schimm	38	-2			Rhein, Minden	172	-3		
• Landsberg	37	-3			Rhein, Magiliansau	520	+20		
Rege, Boddamm	44	-3			Raub	246	+8		
Elbe, Leitmeritz	66	+108			• Röll	212	+7		
• Dresden	164	-4			Rezar, Heilbronn	150	-12		
• Barch	60	+9			Rain, Gansau	102	+2		
• Magdeburg	61	+8			Wolse, Arter	5	-1		

¹⁾ + bedeutet Hoch, - Fall. - ²⁾ Unterbeleg. - ³⁾ am 24. um 11 Uhr vorm. Wasserstand 486 cm, langsam weiter steigend.



Stiller

Gegr. 1867

Ermäßigungen

bis zu

70%

Großer Saison-Ausverkauf

der alten Stiller-Firma!

Um mit den vorhandenen Beständen der diesjährigen Sommer-Saison zu räumen, haben wir in unseren Verkaufsstellen grosse Posten von Schuhwaren aller Art zusammengestellt und bringen diese zu **noch nie dagewesenen billigen Preisen** zum vollständigen Ausverkauf.

Der Verkauf beginnt Montag, den 29. Juli und findet nur in nachstehenden Verkaufsstellen statt

Jerusalemstr. 35	Rosenthaler Str. 5	Neukölln, Bergst. 25
Potsdamer Str. 2	Oranien-Strasse 161	Schöneberg, Hauptst. 146
Taentzienstr. 19a	Gr. Frankfurt. St. 123	Charlottenburg:
Königstr. 25-26	Chausseestrasse 114	Wilmersdorf. Str. 45

Um Beachtung des Sonnabends-Inserts wird gebeten!